

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Reif“ mit „Siebena und Reingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauentimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Standardzeile 80 Pfennig, Kleinzeile 5 Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 20 Pfennig.

Einzelnen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 3. März 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Deutschland und Völkerbund.

Eine Kanzlerrede in Hamburg.

Reichskanzler Dr. Luther hat gestern abend in Hamburg eine Rede gehalten, die sich in ihren Hauptteilen mit dem bevorstehenden Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und den Streitfragen, die durch ihn ausgelöst wurden, beschäftigt.

Man hätte nach der großen Friedensrede Briands allerdings gerne aus Hamburg wärmere und stärkere Töne gehört. Aber das Klima von Hamburg ist nun einmal nicht das Klima von Paris, und das Temperament Luthers ist nicht das Temperament Briands.

Außerdem muß zugestanden werden, daß der wütrige Streit um die Ratsfrage auf die Stimmung nicht nur des Reichskanzlers, sondern des ganzen deutschen Volkes stark dämpfend gewirkt hat.

Die Rede Luthers hält den Standpunkt der Regierung deutlich aufrecht und läßt im Unterton erste Warnungen vernennen. Sie gibt aber nicht Anlaß zur Befürchtung, daß eine einmal als richtig erkannte Linie der Außenpolitik verlassen werden könnte.

Deutschland muß in den Völkerbund, damit es seine Aufgabe an Europa erfüllen kann. Diese Einsicht wird heute von der Mehrheit nicht nur des deutschen, sondern auch des französischen und des englischen Volkes geteilt.

Die Staatsmänner sollen nach Genf fahren, nicht um gegeneinander aufzutrompfen, sondern, um sich im Geiste der Bonolität, den getroffenen Abreden entsprechend, zu verständigen.

In einer Rede am Dienstag nachmittag vor dem Hamburger Senat führte Reichskanzler Luther a. a. aus:

Es unterliegt keinem Zweifel, daß es nicht angeht, Außenpolitik zu treiben ohne Festhalten einer bestimmten Linie. Augenblickserfolge lassen sich vielleicht auch durch plötzliche Umfassungen erzielen.

Nachdem die Wege des Ruheinbruchs sich als ungangbar erwiesen hatten, konnten auch außerhalb Deutschlands die Mächte die Oberhand gewinnen, die danach strebten, mit friedlichen Mitteln das durch den Krieg zerstörte Europa wieder aufzurichten.

Am aber überhaupt voranzukommen, müssen wir den Zerum überwinden, als könnten wir den Weg zur Höhe wie durch ein Wunder mit einem Sprung zurücklegen.

Worauf es für die praktische Politik ankommt, ist allein dieses: Jeder Schritt, den wir tun, muß uns weiter nach oben führen. Dabei wird oft streitig bleiben, ob der einzelne Schritt nicht hätte noch größer sein können.

Dr. Luther rechtfertigt sodann die Unterzeichnung des Sicherheitspakts in Locarno und fuhr fort:

Auf zum Volksbegehren!

An die Partei!

Vom 4. bis zum 17. März liegen die Listen auf, in die sich jedermann einzeichnen muß, der unseren Gesetzesantrag auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten zur Abstimmung durch das ganze Volk bringen will.

Die entschädigungslose Enteignung der Fürsten bedeutet die Vernichtung jener nur formalen widerrechtlichen und unsittlichen „Rechtsansprüche“, die von einzelnen Fürstlichen Familien zu dem schamlosen Versuch mißbraucht worden sind, wesentliche Teile des deutschen Volksvermögens in ihre Hand zu bringen.

Darum ist es die Pflicht jeder Parteigenossin und jedes Parteigenossen, nicht nur sich selber, sondern auch alle anderen Volksgenossinnen und Volksgenossen, die ihrem Einfluß erreichbar sind, zu dem gleichen Handeln zu bestimmen.

Die Sozialdemokratische Partei führt, den getroffenen Vereinbarungen entsprechend, ihre Aktion selbständig. Sie braucht zu ihrer Durchführung keine sogenannten „Einheitskomitees“.

Genossinnen und Genossen! Sorgt dafür, daß jedem Gelegenheit gegeben wird, sich in die Listen einzutragen. Behördliche Organe, besonders auf dem städtischen Lande, versuchen, der freien Befundung des Volkswillens Hindernisse in den Weg zu legen.

Arbeitet unablässig! Klärt Unwissende auf! Rüttelt Lässige wach! Es geht darum, ungeheure Werte dem Volksvermögen zu erhalten und sie sozialen Zwecken zuzuführen.

Es lebe die Republik! Es lebe die Sozialdemokratie!

Der Parteivorstand.

Kann man Sie, meine Herren, daß der Locarnopakt erst wirksam wird durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Zunächst muß ich leider einen Umstand erwähnen, der alsbald nach der Abfindung unseres Eintrittsgelds hervorgerufen ist.

Bei allen Erörterungen über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund war es für uns ganz selbstverständlich, daß vor unserem Eintritt irgendwelche bedeutungsvollen Veränderungen innerhalb des Völkerbundes nicht mehr vorgenommen werden konnten.

Deutschland als Mitglied des Völkerbundes dem großen Gedanken der Völkerbundsgemeinschaft dienbar sein will und wird.

Mit diesem Stand der Dinge ist es unvereinbar, wenn die Enträumung des ständigen Ratsplatzes an Deutschland mit einer weiteren Veränderung in der Zusammensetzung des Rates verbunden würde. Wer auf Grund bestimmter Abreden keine Aufnahme in eine Organisation beantragt, darf erwarten, diese Organisation bei seinem Eintritt in unveränderter Gestalt vorzufinden.

Von gleichem Schwergewicht aber ist für uns folgende Erwägung: Jede Meinungsäußerung über etwaige Veränderungen in der Zusammensetzung des Rates oder in der Organisation des Völkerbundes würde Deutschland in eine völlig unmögliche Lage bringen. Um es kurz auszupprechen: Solange Deutschland noch nicht Mitglied des Völkerbundes ist, ist es überhaupt noch nicht zuständig, eine Meinung über etwaige künftige Veränderungen zu äußern.

den einzelnen Mitgliedsstaaten handeln soll, sondern um die Organisation und das Wohlergehen des Völkerbundes als solchen.

Es ist für mich bei diesem Sachverhalt unfassbar, daß man es durch Ablehnung dieses unseres Standpunktes in der Frage der Ratsfrage dahin kommen lassen könnte, daß die großen Ergebnisse der Politik des letzten Jahres zerstört und die Aussichten, die die Mitarbeit Deutschlands im Völkerbunde eröffnen, noch im letzten Augenblick vernichtet werden.

Ich spreche Deutschlands Stellungnahme hier mit aller Offenheit und in vollem Vertrauen darauf aus, daß auch die anderen Mitglieder des Völkerbundes dem Deutschen Reiche Vertrauen für seine künftige Haltung entgegenbringen.

Die Stellungnahme Deutschlands zu der Einzelfrage einer Ergänzung des Rates entspricht völlig der Auffassung, durch die Deutschland überhaupt seine Arbeit im Völkerbunde leisten will. Wird die Frage des Eintritts aber bejaht, wie sie bejaht worden ist, so bedeutet das, daß Deutschland die großen Gedanken der Völkerbundsgemeinschaft sich zu eigen macht.

Ich möchte mit einem Wort an meine deutschen Mitbürger schließen: Für einen großen Teil des deutschen Volkes bedeutet der Eintritt in den Völkerbund die Erfüllung eines lange gehegten Wunsches, auf den große Hoffnungen gesetzt werden.

Die große innere Entscheidung über den Eintritt ist gefallen und jetzt kommt es darauf an, alle deutschen Kräfte lebendig zu machen, um im Völkerbund an Deutschlands Wohl und am Wohl der Menschheit zu arbeiten.

scheidet sich von anderen Stufen unseres mühsamen Aufstiegs dadurch, daß er uns ohne jeden Zweifel eine neue Bahn zu praktischer Betätigung deutscher Kraft eröffnet. Wollen wir die dadurch gegebenen Möglichkeiten voll ausnutzen, so müssen wir dahin streben, daß ganz Deutschland geschlossen hinter unseren Vertretern im Reichstag stehe. Mit Sauerstoffatmen ist es nicht getan. Noch immer sind die Früchte des Lebens nur für den Gerüst, der mit starkem Willen und festem Glauben ans Werk gegangen ist. Laßt uns unerschütterlich an Deutschland glauben, aber laßt uns auch mit festem deutschen Willen darauf vertrauen, daß positive und hingebungsvolle Arbeit im Reichstag und die Welt weiter voranzuführen wird zu einer Gestaltung, in der zum Segen der ganzen Menschheit die starken Kräfte des deutschen Volkes und der deutschen Kultur sich in voller Freiheit wieder entfalten können!

Reichsregierung und Republik. Der Vorstoß Dryander's.

An Stelle des abwesenden Reichskanzlers hat gestern noch der Reichsinnenminister Dr. Kütz auf die Rede des deutschnationalen Abgeordneten v. Dryander geantwortet. Wie von Herrn Dr. Kütz nicht anders zu erwarten war, war diese Antwort ein würdiges und klares Bekenntnis zur Republik. Herr Dr. Kütz hat leider nur nicht gesagt, ob er nur für seine Person und sein Ressort, sondern auch für den Reichskanzler und das ganze Kabinett gesprochen habe. Nach Lage der Dinge muß man annehmen, daß er nur für sich gesprochen hat, nicht auch für Luther, Strefemann, Curtius, Stöingl usw.

Wird nun auch noch der Reichskanzler selbst Herrn Dryander antworten? Nach dem amtlichen Bericht soll Herr v. Dryander nicht den Reichskanzler selbst als Monarchisten bezeichnen, sondern nur gesagt haben, daß „Kollegen des Reichskanzlers und des Reichsinnenministers“ auf monarchistischem Standpunkt stünden. Danach wäre der Reichskanzler nicht für seine Person zur Antwort herausgefordert. Da aber die Verfassungstreue eines Teils des Kabinetts in Zweifel gezogen worden ist, in einer Weise, die in der republikanisch gesinnten Bevölkerung starke Beunruhigung hervorzurufen geeignet ist, bleibt die Pflicht des Reichskanzlers bestehen, als Haupt des Kabinetts bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit zu den Ausführungen des Herrn v. Dryander Stellung zu nehmen.

Kütz gegen die deutschnationale Demagogie.

In der Fortführung der Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums im Haushaltsausschuß des Reichstages begrüßte Abg. v. Sauer (Z.) die Erklärung des Ministers über das Beamtenum. Auch seine Partei wünsche die Erhaltung des Berufsbeamtenums und teile die Auffassung, daß der Beamte die gegenwärtige Staatsform zu bejahen habe, und zwar innerhalb und außerhalb des Amtes. Die deutschnationale Auffassung in dieser Frage lehne seine Partei ab. Es sei unerträglich, wenn Beamte außerhalb des Amtes an Umtrieben gegen die Republik beteiligt werden. Bezüglich des Wahlrechts halten seine Freunde am Grundgesetz der Verhältniswahl fest. Mit dieser seien Einzelwahlkreise nicht vereinbar.

Abg. Leicht (Bayer. Sp.) bemerkt zur Frage des Unitarismus, das Deutsche Reich werde nur christlich und föderal existieren können oder es werde zerfallen.

Abg. Steinopf (Soz.) wünscht Zusammenlegung der Referate für Beamtenfragen beim Reichsministerium des Innern. Er wendet sich dann gegen den Vorwurf v. Dryander und erklärt, daß in der Revolution die Monarchen und ihr Anhang eine derartige Haltung eingenommen haben — genau wie jetzt bei der Lösungsfrage, daß sich weitaus die Mehrheit mit Edel von diesem Treiben und diesen Beuten abgewandt hätten. Eine Besserung in dem Verhältnis der Republik zu den Beamten werde erst dann eintreten, wenn die Personalreferate sowohl in den Ministerien als auch in den Provinzialbehörden mit zuverlässigen republikanischen Beamten besetzt seien. Er bedauere, daß Minister Dr. Kütz den Schließlichen der Dienstverordnungen vertreten müsse. Zeige der Minister hierin nicht weitgehendes Entgegenkommen, dann werde der Entwurf wohl nie Gesetz werden.

Dann erwiderte Reichsinnenminister Dr. Kütz auf die Angriffe

des Abg. v. Dryander gegen den Reichskanzler Dr. Luther und die Mitglieder der Regierung sofort im Rahmen einer längeren staatspolitischen Rede. Dr. Kütz wies dabei darauf hin, daß der Reichskanzler und die Minister Tag und Nacht ihre ganze Arbeit und ihre ganze Kraft einsetzten für diesen Staat, dem sie vorbehaltlos dienten und daß niemals auch nur mit einem Wort im Kabinett eine Erörterung des Inhalts stattgefunden habe, daß die Monarchie eine bessere Staatsform sei als die Republik. Dr. Kütz wies weiter die Bemerkung zurück, daß das Kabinett beabsichtige, die Wahlreform mit Hilfe des Artikels 48 der Verfassung durchzudrücken. Ueber eine solche Eventualität habe das Kabinett nicht verhandelt.

Donnerstag Beginn der Eintragung!

Am Donnerstag 1 Uhr beginnt die Eintragung in die Einzeichnungslisten für das Volksbegehren.

Die Eintragestellen

sind heute aus den Anschlägen des Magistrats an den Plakatsäulen zu sehen.

Eintragezeit ist von 1 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends.

Schon am Donnerstag muß der Ansturm zur Eintragung beginnen.

Auf zur Einzeichnung!

Was die Angriffe auf die Verfassung angeht, so kenne er kein Staatsgrundgesetz und kein Programm, das von höherem ethischen Inhalt erfüllt ist als die deutsche Verfassung. Auch kenne er kein Volk, das nach einer solchen beispiellosen Katastrophe so schnell wieder zur inneren Konsolidierung und zur freudigen Bejahung des Staatswillens gelangt ist, wie das deutsche. Alle Änderungsanträge zur Verfassung werde er in erster Linie darauf prüfen, ob sie einen Ausbau oder einen Abbau der Verfassung bezwecken. Ein Ausbau der Verfassung würde willkommen sein, aber immer sei von dem Grundgedanken auszugehen, daß das einzige Fundament, auf dem das deutsche Staatsgefüge fest und unerschütterlich ruhen könne, diese Verfassung sein und bleiben müsse. Den Klagen über eine Sabotage des Volksbegehrens werde er nachgehen. Es fehle bei dieser sich erstmalig vollziehenden plebiszitären Gesetzgebung an allen Erfahrungen, und es brauche nicht immer in Fällen vermeintlicher Sabotage böser Wille vorzuliegen. Es sei unbedingt zu verlangen, daß keine Behörde der Inszenierung des Volksbegehrens irgendwelche Schwierigkeiten in den Weg legt.

Das Gemeindebestimmungsrecht betreffend sei die führende Instanz hierfür das Reichswirtschaftsministerium. Die Gesundheitswoche sei nicht als eine vorübergehende Erscheinung gedacht, sondern als wirklicher Lustakt zu einer allgemeinen Volkshygiene. Das gewünschte Ausführungsgesetz zum Artikel 48 könne er nicht einbringen, weil Änderungsanträge zum Artikel 48 vorliegen und er doch vorher klar sehen müsse, welche Beschlüsse bezüglich dieses Artikels der Reichstag fassen werde.

Zum Schluß führte der Minister aus, er denke nicht daran, seine frühere monarchische Gesinnung zu verleugnen oder sich gar dessen zu schämen. Aber er müsse diejenigen, die auf Grund schwerer innerer Kämpfe in den furchtbaren Tagen der deutschen Katastrophe sich staatsbejahend in den Dienst des Vaterlandes gestellt hätten, gegen Angriffe verwahren, als wären sie nicht charakterfest. Er kenne in der Geschichte der jungen deutschen Republik an der Spitze des Reichs zwei verehrungswürdige Gestalten. Die eine kam von links, die andere von rechts. Keine der beiden Persönlichkeiten verleugnete auch nur einen Augenblick ihre Vergangenheit, und jede von ihnen ist eine volle Verkörperung des Pflichtgefühls gegenüber dem Staat. Jede Stunde ihres Lebens und ihrer Arbeit ist ein Bekenntnis zu diesem Staat, wie er jetzt ist und damit eine Bejahung der deutschen Republik.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm in seiner gestrigen Nachmittagsung einen Antrag Sollmann (Soz.) an, der den Reichsminister des Innern ersucht, sofort alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um die verfassungswidrigen Hemmnisse zu beseitigen, die in den verschiedensten Teilen des Reichs von amtlichen Stellen gegen das Volksbegehren unternommen werden.

Demokraten für das Volksbegehren. „Wir wünschen, daß Millionen sich für den Volksentscheid aussprechen.“

In einem Veltausgang des „Berliner Tageblatts“ schreibt Dr. Ernst Feder:

„Alle wahlberechtigten Männer und Frauen, die das Interesse des Volkes gegen die ehemaligen Fürstentümer sichern wollen, haben deshalb die Pflicht, sich rechtzeitig einzutragen. Es darf nicht bei den für das Volksbegehren an sich ausreichenden vier Millionen Stimmen bleiben. Daß eine gewaltige Mehrheit im deutschen Volk sich gegen die maßlosen Fürstentümer auflehnt, kann keinem Zweifel unterliegen. Diese Auffassung ist bis weit in die Kreise der Rechten hinein verbreitet. Gewiß hat dort noch nicht jeder den Mut seiner Meinung. Aber hoffentlich werden auch die Zögernden bedenken, was die Folge wäre, wenn Volksentscheid und Reichsgesetz scheitern sollten. Bekanntlich begnügt sich Wilhelm II. nicht mit platonischen Liebesbetörungen an den Magistrat des preussischen Städtchens Mühlhausen. Dem Ranne, der Land und Heer in der Stunde der Gefahr verlassen hat und über die Grenze geflüchtet ist, sind bisher schon Summen zugeflossen, die zwischen 30 und 50 Millionen Mark liegen. Er erhält außerdem monatlich mit republikanischer Pünktlichkeit 50 000 M. ausgezahlt. Bei der Seehandlung, der Preussischen Staatsbank, wird eine Krenkasse, eine Oberhofmarschallkasse und eine Schatzkassenverwaltung Seiner Majestät Kaiser Wilhelms II.“ geführt. Und was ihm nun noch vom preussischen Staat durch den „Vergleich“ zugesprochen werden soll, beläuft sich in Geld und Geldeswert auf fast 200 Millionen Mark.“

Wir wünschen also, daß eine große Mehrheit, viel mehr Millionen, als nach der Verfassung erforderlich sind, sich für den Volksentscheid aussprechen. Und wir wünschen zugleich, daß gegen alle behördlichen Stellen, die der Durchführung des Volksbegehrens einen aktiven oder passiven Widerstand entgegensehen, sofort und rückwärtslos eingeschritten wird.“

Der Schulz-Meyer will nicht mehr.

Er fürchtet sich vor den Berichterstattern.

Der Jeme-Untersuchungsausschuß des preussischen Landtags legte am Dienstag abend nach der Plenarsitzung des Landtages unter dem Vorsitz des Abg. Brandenburg (Soz.) seine Verhandlungen fort. Mit beratender Stimme nahm Abg. Römer (Wkt.) an den Verhandlungen teil. Der Vorsitzende teilt zunächst den Inhalt einiger Schreiben an den Untersuchungsausschuß mit. So hat Ernst Rietisch dem Ausschuß in bezug auf die Aussage des Herrn v. Jengen u. a. geschrieben:

„Tatsache ist, daß mit von finanziellen Zuwendungen des Herrn v. Jengen an den Verlag meiner Schriftreihe auf dem Wege über Herrn Erdmann oder auf einem anderen Wege nicht das geringste bekannt war. Tatsache ist ferner, daß die Höhe des von meinem Verlage ausgehenden Honorars (durchschnittlich wurden für jedes Heft 300 M. einschließlich Autoren- und Herausgeberhonorar bezahlt) keinerlei Verdacht erregen konnte. Rie als trat während meiner Herausgeberstätigkeit ein Vorfall in Erscheinung, auf Grund dessen ich hätte „merken“ können, daß Herr v. Jengen oder die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände mit mir zusammenarbeiten wollten.“

Ich habe mich als Herausgeber und Autor vollkommen unabhängig gefühlt; niemand hat versucht, irgendeinen Einfluß auf mich auszuüben; doch ich ohne mein Wissen und gegen meinen Willen Herr v. Jengen durch seine finanzielle Geschäftstätigkeit eigenmächtig und einseitig in eine mir durchaus unerwünschte Beziehung zu den von mir herausgegebenen Schriften gebracht hat, empfinde ich als eine eines anständigen Mannes unwürdige Unaufrichtigkeit.“

Der Zeuge Abg. Meyer (Dnat.) hat ein Schreiben an den Ausschuß gerichtet, in dem er sich über die Berichterstattung der Vintapresse und über ihm unangenehme Fragen beschwert und schließlich hinzufügt: „Ich lehne daher ein weiteres Erscheinen vor dem Untersuchungsausschuß und damit eine mündliche Beantwortung weiterer Fragen ab. Ich bin jedoch bereit, schriftlich formulierte mir zugeleitete Fragen schriftlich zu beantworten.“ (Hört, hört links.)

Meyer hat dem Ausschuß auch ein Schreiben des Schulz aus dem Gefängnis Landsberg vom 1. April 1925 überreicht, in dem Schulz um 200 M. für Beförderung und um Stellung eines Verteidigers bittet. — Aus einem Vernehmungsprotokoll ergibt sich, daß ein Kriminalbeamter fest-

Befreiungsfeier mit Maskenball!

In einem rheinischen Blatt luden dieser Tage der Kriegerverein D. und der Gastwirt Joseph Hein zu einer „großen Befreiungsfeier mit anschließendem Faschnachtsball“ ein. Das mag so zugegangen sein, daß der brave Kriegerverein sich moralisch verpflichtet gefühlt hat, der Räumung der Kölner Zone auch seinerseits eine „große Feier“ zu widmen — daß er aber aus tiefster Kenntnis und Erkenntnis seiner Mitglieder heraus einen Faschnachtsball für zugkräftiger gehalten und deshalb gleich damit verbunden hat. Im Grunde kann uns das jedoch ebenso gleichgültig sein wie dem Gastwirt Joseph Hein. Nicht ohne Reiz aber ist es, sich einmal vorzustellen, wie die Sache verlaufen sein dürfte.

Natürlich gehören zu einem richtigen Faschnachtsball Kostüme. Und nach Lage der Dinge blieb den Festteilnehmern weiter nichts übrig, als diese schon während des notwendigen Uebels der „großen Befreiungsfeier“ zu tragen (warum denn auch nicht?). Nachdem alles veranlaßt und der Vorstand auf dem Musikpodium platziert war, wird der erste Vorsitzende sich in der stolzen Würde seines Amtes und im bunten Filz seiner Harlekinostüme erhoben, mit der Narrenpritsche auf den Tisch geschlagen und eine ergreifende Rede gehalten haben. Seit acht Jahren, wird er gesagt haben, warten wir auf den Augenblick, der jetzt angebrochen ist, wobei ich gleich die erfreuliche Mitteilung machen will, daß uns zur feierlichen Begehung dieses Augenblicks die Polizeistunde bis 4 Uhr morgens verlängert wurde. Dann hat er mit Tränen im Auge von der „Freiheit, die ich meine“ geredet, und hat mit erhobener Stimme gesagt, daß er von den verschiedenen Unterarten der Freiheit namentlich die Maskenfreiheit „meine“. So hat er geschickt und unauffällig das eine mit dem anderen verbunden. Und zum Schluß hat er mit beinahe überschnapper Stimme gerufen: „Und jetzt wollen wir ein Hoch auf die Befreiung unserer teuren Heimat ausbringen. Des guten Eindrucks halber bitte ich ausdrücklich auch diejenigen, kräftig mit einzustimmen, denen es vielleicht lieber gewesen wäre, die Belgier und Engländer wenigstens heute noch als Tänzer hier zu haben.“

Und dann hat der zweite Vorsitzende, der keinen Vortr. trägt und sich deshalb immer als „Lieblingsfrau des Maharadscha“ kostümiert, eine weitere Rede gehalten, in der er mindestens zehnmal herausgeschmettert: „Wir deutschen Männer, die wir ebenso stolz auf unser Deutschtum wie auf unsere Mannheit sind!“

Selbstverständlich ist auch ein lebendes Bild gestellt worden mit dem Titel „Das deutsche Gemälde“. Dabei hat Frau E. in der Rührung der Jungfrau von Orleans, den welchen Erbfeind in Grund und Boden verdammt, und etwas Ähnliches hat Frau D. in Maria-Stuart-Rolle, vom Stapel gelassen. Und alle die Madame Pompadour, Butterflüg, Neapolitanerinnen, Estimos, Lutan-Anhänger, Combons, Rinaldo Rinaldini, Charlie Chaplins und Stou-Indianer haben den feierlichen Schwur getan, nicht eher zu rasten

und zu ruhen, als bis die Welt einschließlich sämtlicher Firsterne und Spiritalnebel an deutschen Wesen unwiderruflich genesen sein werde.

Das Räthchen von Heilbronn, der Trampeter von Säckingen, die Guckel von Blawewitz und der Berliner Roland, die Spreewälder Amme und Hermann der Cheruster waren, wohl infolge einer angeborenen Schüchternheit, bei diesen feierlichen Ereignissen etwas in den Hintergrund geraten. Dafür lenkten sie bereits eine Viertelstunde später als bewunderungswürdige Jazz-, Schimmy-, Fogtrot- und One-step-Tänzer das allgemeine Augenmerk auf sich.

Kurz und gut: die „große Befreiungsfeier mit anschließendem Faschnachtsball“ wird allen Teilnehmern, und zweifellos auch dem Gastwirt Joseph Hein, lebenslanglich in der angenehmsten Erinnerung bleiben.

Hurra, Germania!

—t.

„Der sechste Weinberg“ im Lessing-Theater. Das Theater am Schiffbauerdamm ist am 1. März auf fünf Jahre an die Volksbühne übergegangen. Deswegen ist das bisherige Erfolgs- und Kassensück dieses Hauses ins Lessing-Theater übergesiedelt. An der Spitze, an der Brahm's dem heute verschollenen Ibsen die klassische Prägung gab, tritt jetzt der wilde Rost dieses derben, hahnenbüchernen, lauffrischen Stückes aus. Die Philister murren im Lande, die Pfaffen sehen die Sittlichkeit bedroht; deutschnationale Jünglinge werden aufgeboten, um unpatriotische Frazzetellen zum Mann zu erziehen. Aber trotzdem wird das handfeste, satirische Theaterstück überall gespielt und scheint der Erfolg der Saison zu werden. Die vom Fach sagen: weil es endlich mal wieder Theater von einem Jungen gibt, während die Genossen seiner Altersklasse uns mit ihren Verfliegenheiten quälen. Freilich, hier gibt's keine Probleme, hier wird sich animalisch ausgelebt, wie in den seligen Zeiten eines Ostade v. Brouwer. Die niederländische Freude am Raufen und Sausen und anderer Naturalia scheint wiedergekehrt. Und man kommt sich wunder wie frei vor, wenn man über Ausdrücke und Vorgänge lachen kann, die man sonst meidet. Sei's drum. Die tolle Laune, die Ausgelassenheit des Karnenals, die Prüische hat auch ihr Recht und doppelt, wenn sie die Richtigen trifft. So wird denn in Berlin die Karnenalsstimmung, die hier auf den Bühnen nicht recht auskommt, auch nach Aschermittwoch im Theater fördauern, und die prallen Reaktionen werden dank der prächtigen Darstellung, an der alle teilhaben, und der geschickten Reklame der Prospektoren und ihrer Begner noch viele Häuser füllen. Gute Zuschauer, du tatest recht daran, den Kranz abzulegen, den man dir zur 75. Aufführung bot — wir warten auf dein Rückfies.

Kulturelle Verbindung mit den Wolgadeutschen. Die Reise des Präsidenten der Wolgadeutschen Sowjetregierung Schwab nach Deutschland verfolgt nicht nur wirtschaftliche Zwecke, sondern soll auch der kulturellen Verbindung der Wolgadeutschen mit den Deutschen im Reich dienen. Der Bildungskommissar der Wolgadeutschen Sowjetrepublik, Schönfeld, begibt sich ebenfalls in nächster Zeit nach Deutschland, um sich dort mit dem Schul- und Bildungswesen bekanntzumachen.

Häuser, die an einem Tage entstehen, hat die Berliner Baupolizei zu Versuchszwecken zugelassen. Das neue im Ausland schon seit einiger Zeit angewandte Verfahren benutzt für Baugewerke Platten aus Eisenbeton mit Einlagen von einem Ausmaß bis zu 10 Metern Länge und 4 Metern Höhe. Nach Fertigstellung der Platten ist es möglich, ein kleines Haus oder zwei bis drei Wohnungen an einem Tage im Rohbau herzustellen. Gegenwärtig sind nach dem neuen Verfahren in Berlin-Lichtenberg und Friedrichsfelde 138 Wohnungen für den Reichsbund der Kriegsbeschädigten fertiggestellt worden. Die neue Bauart, zu der Kranen und sonstige schwer transportable Aufbauten notwendig sind, lohnt sich nur, wenn eine größere Anzahl von Wohnungen gleichzeitig im Reihenaufbau errichtet werden kann. Die Wände werden auf der Erde ausgegossen. Alsdann werden sie nach der Erstarrung ausgerichtet und durch Dafen miteinander verbunden. Fenster und Holzrahmen werden schon vorher mit einbetoniert. Außerlich bieten die Häuser daselbe Bild wie Baumerke aus Ziegel. Die Dächer können flach oder in Dachziegelform hergestellt werden. Die Baukosten sollen für den Rohbau nach Angabe der Unternehmer 30 bis 40 Proz. billiger sein als im Ziegelaufbau. Ein Einfamilienhaus aus 2 bis 3 Zimmern, Küche, Kammer, Nebengelass und Bad soll insgesamt 9500 M. kosten. Die Unternehmerfirma steht mit der Stadt Berlin in Unterhandlung, um zunächst einige 100 Häuser an verschiedenen Stellen der Stadt zu errichten. Die Baupolizei hat keine Bedenken geäußert.

Der moderne Unterseekreuzer. Wie das Luftschiff und fast alle modernen Kampfmittel ist ja auch das Unterseeboot Deutschland durch den Friedensvertrag verboten, und infolgedessen ist man bei uns wenig über die weiteren Fortschritte im Bau dieser Schiffe unterrichtet, der ja im Kriege von der deutschen Technik so hoch entwickelt wurde. In einem kommenden Seekrieg dürfte aber, wie in der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ ausgeführt wird, der Unterseekreuzer eine Rolle von größter Bedeutung spielen. Die englischen Unterseeboote, wie z. B. das jetzt verlorenen „M. I.“ haben als Hauptwaffe ein 30-Zentimeter-Geschütz, das eine Rohrlänge von etwa 15 Meter besitzt und ein Geschos von nahezu 400 Kilogramm Gewicht mit einer Mündungsgeschwindigkeit von beinahe 900 Meter in der Sekunde abfeuert. Dies Geschossgewicht stellt etwa das Dreifache von dem dar, was ein kleiner Kreuzer der „Gmden“-Klasse mit seiner ganzen Breitseite feuert. Wenn man dabei berücksichtigt, daß diese neuen Unterseekreuzer in der Ueberwasserfahrt den kleinen Kreuzern ebenbürtig sind, über ein hochentwickeltes Tauchvermögen verfügen und weite Strecken unter Wasser zurücklegen können, so kann man ahnen, welche Rolle diese Unterseeboote im künftigen Kreuzerrieg spielen werden. Es ist übrigens mit Sicherheit anzunehmen, daß auch das Großkampfschiff mit Tauchmöglichkeit in der Zukunft verwirklicht werden wird, und so wird sich ein großer Teil des künftigen Seekrieges unter Wasser entfalten.

Spielplanänderung. Die Aufführung der „Sachszeitreise“ von Adolph Grubowitz, die am 7. März im Lessing-Theater stattfinden sollte, muß auf technischen Gründen verschoben werden.

Schauspielerausstellung. Die Kartenansgabe für die Schauspielerausstellung von „Der Garten Eden“ im Komödienhaus am 4., nachmittags 3 Uhr, findet nur im Bureau des Bezirksverbandes der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger, Reichstr. 11, Zimmer 10, statt.

gestellt hat, daß Schulz bei der Landvolk-Genossenschaft zwei Zimmer gemietet hat.

Oberjustizrat Wirt vom Justizministerium teilt dann aus den Akten mit, daß zu folgenden Zeiten die Voruntersuchung gegen Schulz in folgenden Fällen eingeleitet wurde: 16. März 1925 von der Staatsanwaltschaft Landsberg wegen Anstiftung zum Mord im Falle Gröschke (am 30. März erfolgte die Festnahme des Schulz in Landsberg); 15. Oktober 1925 von der Staatsanwaltschaft III Berlin wegen Anstiftung zum Mord im Falle Wilms; 17. Dezember 1925 desgleichen im Falle Sand; 3. November 1925 desgleichen im Falle Brauer; 11. Januar 1926 desgleichen im Falle Legner; 21. Januar desgleichen im Falle Gaebele und dann eines noch unbekanntem Zeitfreiwilligen; 25. Februar 1926 desgleichen im Falle Jante. Der Vertreter des Justizministeriums teilt aus den Akten noch die Einzählungen für Schulz in die Gefängniszelle Landsberg mit. Dorthin wurden für Verhaftung usw. für Schulz insgesamt 1371 M. von Rechtsanwalt Sad und Herrn v. Oppen eingezahlt. In die Berliner Gefängniszelle zahlten für Schulz nach und nach 186,75 M. ein die Herren Hallius, Kommerzienrat Bloch und Buchrucker. — Mit Erlaubnis des Untersuchungsrichters liest der Untersuchungsgefängene Schulz die „Weltbühne“, das „Berliner Tageblatt“, die „Deutsche Zeitung“ und die „Berliner Illustrierte“.

Abg. Hellmann (Soz.): In der „Weltbühne“ steht die Artikelserie über die Fememorde. Nehmen Sie an, daß der Untersuchungsrichter das bei Erteilung der Verhaftungsbefehle? Oberjustizrat Wirt: Diese Frage kann ich nicht beantworten. Darüber habe ich keinen Bericht.

Dann erscheint nochmals Herr v. Jengen, früherer Mitarbeiter der Arbeitervereinigungen, als Zeuge. Er erklärt zunächst: Ich bitte als Zeuge um eine Rechtsbelehrung darüber, welche Zwangsmahnahmen nach der Verfassung der Ausschuss mir gegenüber ergreifen kann, wenn ich eine Frage beanstande und daher nicht beantwortete.

Vorsitzender: Darüber ist der Zeuge schon früher belehrt worden und ich frage ihn nun, ob er auslegen will oder nicht. Zeuge: Selbstverständlich will ich auslegen, aber ich möchte unbedingt eine klare Auskunft vom Vorsitzenden darüber haben, welche Zwangsmahnahmen dem Ausschuss verfassungsmäßig zustehen, wenn ich bei einer Frage, die ich beanstande, die Aussage verweigere. (Erregung links.)

Vorsitzender: Sie haben keine Fragen zu beanstanden, sondern nur das Recht, die Antwort zu verweigern, wenn Sie fürchten, sich einer strafrechtlichen Verfolgung auszusetzen.

Der Zeuge bestätigt dann auf Befragen durch den Abgeordneten Kuttner (Soz.), daß er dem Abg. Meyer ausdrücklich erklärt habe, daß zum Zwecke der Unterstützung des Schulz Geld der Arbeitervereinigungen nicht verwendet werden dürften. Dann ist seine Befragung beendet.

Hierauf erstattet Abg. Kuttner (Soz.) noch den öffentlichen Bericht über das gegen Maletke angeführte Begünstigungsverfahren. Dann verliert sich der Ausschuss.

Briands Kampf für den Frieden.

Zimmer neue Meisterreden in der Kammer.

Paris, 2. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer hat am Dienstagvormittag die Debatte über die Verträge von Locarno fortgesetzt. Der sozialistische Abg. Lherny erklärte, daß eine der logischen Folgen von Locarno die Aenderung der französischen Politik in den besetzten Gebieten und im Saargebiet sein müsse. Die nach von den Methoden des Nationalen Blocks inspirierte Politik des Wahnsinns müsse endlich durch eine wirklich demokratische Politik ersetzt werden. Er übte dann scharfe Kritik an den Machenschaften der französischen Schwerindustrie im Saargebiet und gibt dem Wunsch nach Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich Ausdruck.

Die Nachmittagsdebatte brachte zunächst eine Interpellation des Vorsitzenden der außenpolitischen Kommission, Franklin Bouillon, über die Haltung, die die französische Regierung in der Frage der Erweiterung des Völkerbundes einzunehmen gedenke.

Briand

erklärte darauf, daß diese Frage durch unangebrachte Votemiten ein völlig falsches Gesicht erhalten habe. Man habe vielfach in der Initiative Frankreichs eine gegen Deutschland gerichtete Vorsichtsmahnahme gesehen in dem Augenblick, da Deutschland seinen Eintritt in den Völkerbund vollziehe. In Wirklichkeit aber sei diese Frage schon viel älter. In Locarno habe die französische Regierung noch keine Seite hin irgendwelche Versprechungen gegeben. Klut sei die Frage erst dadurch geworden, daß mehrere Nationen, die einen ständigen Sitz im Rat zu erhalten wünschten, von dem bevorstehenden Zusammentritt der Völkerbundsversammlung profitiert hätten, um solche Anträge zu stellen. Die französische Regierung habe von Anfang an kein Hehl daraus gemacht, daß sie für die Erweiterung des Völkerbundes sei, und zwar nicht zuletzt wegen der ständigen Ausdehnung des Aufgabenterrains, den der Rat zu bewältigen habe. Falls die Erweiterung beschlossen werden sollte, würde die französische Regierung mit besonderer Genehmigung den Eintritt Polens in den Rat begrüßen und sie hoffe, daß Deutschland begreifen werde, daß dies in seinem eigenen Interesse liege, da der Völkerbund ein Organ der Verständigung sei, das alle seine Beschlüsse mit Einstimmigkeit zu fassen habe. Die französische Regierung habe keine machtpolitischen Hintergedanken. Deshalb sei sie auch höchst erstaunt über die Polemik, die die Frage im Ausland ausgelöst habe.

Im weiteren Verlauf der Diskussion richtete Franklin Bouillon scharfe Angriffe gegen die Politik der deutschen Regierung und die Mentalität des deutschen Volkes. Er führte u. a. aus, daß Deutschland von den gleichen Männern geleitet und von den gleichen Ideen beherrscht sei wie vor und während des Krieges. Der

Präsident der Deutschen Republik sei Hindenburg und die Kronprinzen von Preußen und Bayern hätten die Erlaubnis zur Rückkehr ins Land erhalten.

Als Vertreter im Völkerbund habe Deutschland den Grafen Bernstorff in Aussicht genommen! Es gebe kaum einen Deutschen, der die durch den Vertrag von Versailles gezogenen Grenzen anerkennt. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit verlange die Angliederung Oesterreichs, deren Realisierung einen Krieg mit Italien entfehlen würde. (Wächtelich! Die Anschlussbewegung will ihr Ziel unter den Völkerbund erreichen! Red.)

Briand antwortete darauf, daß die Mentalität des Besetzten meist nicht die gleiche sei wie die des Siegers. Um den Geist der Ränke zum Schweigen zu bringen, bedürfe es großer Anstrengungen, die natürlicherweise der Sieger machen müßte. Da

Frankreich keine Hintergedanken

habe und wirklich den Frieden wolle, müsse es die Initiative ergreifen, um den Krieg ein für allemal ein Ende zu machen. Es gebe glücklicherweise bereits sehr viele Deutsche, die ebenfalls dächten und sich zu dieser Auffassung öffentlich bekennen. Man müsse diesen die Möglichkeit geben, ihre Thesen auf konkrete Tatsachen stützen zu können, und diese müsse ihnen Frankreich liefern. Denn Frankreich sei stark genug, um den anderen Völkern mit gutem Beispiel voranzugehen zu können, indem es den Beweis erbringe, daß es selbst wirklich und aufrichtig den Frieden wünsch. Die Kammer hat heute Abend die Ratifikation der Abkommen von Locarno mit 419 gegen 71 Stimmen beschlossen.

Abrechnung mit der Reaktion.

Severing leuchtet seinen Angreifern heim.

Im preußischen Landtag wurde gestern zunächst eine Reihe kleiner Vorträge erledigt. Sodann wurde die Aussprache zum

Ministerium des Innern

fortgesetzt. Abg. v. Egnern (D. Bp.) erklärt, bei Beratung der Städteordnung habe sich Minister Severing nicht gerade als Fachminister gezeigt, als er bei den Sitzungen fast niemals anwesend war. (Zuruf links: Ach wären Sie doch erst da! — Heiterkeit.) Der Redner wendet sich gegen übertriebene politische Gefinnungsbeobachtung der Beamten. Dadurch mache man es den Beamten außerordentlich schwer, dem neuen Staat zu dienen. Auch in der Flaggenfrage lege sich die Radikalfraktion fort und die Politik des mangelnden Volksempfindens zeige sich in dem Befehl der Berliner Stadtverordneten, den „Königsplatz“ mit seiner großen geschichtlichen Bedeutung in „Platz der Republik“ umzuwandeln. (Sehr richtig! rechts. — Gegenkundgebungen links.) Hierauf nimmt

Minister Severing

das Wort. Er führt u. a. aus: Der Abg. Baedeker sagte zum Schluß seiner Ausführungen, die preußische Regierung dürfe nicht die Politik des Reiches durchkreuzen; der Abg. Baehem, sein Fraktionsfreund, wünscht, daß die preußische Regierung in die auswärtige Politik des Reiches eingreife und damit die Reichspolitik durchkreuzt. Ich verstehe daher nicht, was die Deutschnationalen nun eigentlich wünschen. Hätten wir uns dem Wunsche des Herrn Abg. Baehem gefügt, dann bin ich der festen Ueberzeugung, hätte sich Preußen nicht nur im Reich, sondern in der ganzen Welt schwere Vorwürfe zugezogen. Also, nicht Disziplin zwischen Preußen und Reich, sondern Diskrepanz zwischen Baehem und Baedeker; das scheint mir wohl der Kernpunkt dieser Frage zu sein. Mir scheint auch, als ob es dem Abg. Baehem nicht so sehr darauf ankomme, die lebende Bevölkerung der besetzten Gebiete zu schützen, sondern vielmehr nur darauf, neues Agitationsmaterial zu beschaffen. (Zuruf bei den Deutschnationalen: Wir sind nicht Sie Herr Minister!) Das wollte ich mir auch sehr vorbehalten haben. (Heiterkeit.)

Liegt es an meiner Person, daß es mit der großen Verwaltungsreform nicht schneller ging? Sind nicht viele Minister vor mir schon damit befaßt gewesen? (Zuruf des Abg. Stendel (D. Bp.): Schon seit fünfzig Jahren! Da kommt es auf etwas mehr auch nicht an!) Wir dürfen aber nicht mehr lange warten. Die Lasten aus den Reparationen machen die Pflicht zum Sparten besonders dringlich.

Auch der Landtag könnte sparen!

(Sehr richtig!) Es liegt kaum im Interesse des Parlaments, wenn, wie aus der Bistvoe geschlossen, hier Anträge auf die Tagesordnung gesetzt werden, die große Mittel verlangen.

Herr v. Egnern sagte mir, daß ich die Verantwortung für das staatliche Bestätigungsrecht nicht gern übernehmen möchte. (Zuruf bei den Kommunisten.) Ich scheue diese Verantwortung nicht. Ich würde aber ein schlechter politischer Minister sein, wenn ich die

Wandlungen in der kommunistischen Partei

nicht beachtete. Jedenfalls werde ich die Bestätigung von Kommunisten nicht deshalb verweigern, weil sie Kommunisten sind. Ich glaube auch, daß die Kommunisten in den Landparlamenten, wie z. B. in Halle, lange nicht so schlimm sind wie die, die in der „Roten Fahne“ zur Arbeiterbewaffnung aufrufen. Wenn Herr Thälmann in Hamburg erklärt: Haltet eure Hände rein, damit sie gebrauchsfertig sind! — so macht das bei mir keinen Eindruck. Ich bin nicht etwa, wie die Herren von der Rechten mir vorwerfen, noch links gerückt. (Lachen rechts. — Zuruf bei den Kommunisten: Nach rechts!) Jedenfalls werde ich jedem Versuche, auf dem Wege der Gewalt eine Aenderung der Verfassung herbeizuführen auch heute ebenso stark entgegenzutreten wie früher. Der Herr Abg. v. Egnern hat erklärt, daß ich dem neuen Staat wenig Freunde erworben habe, und hat das darauf zurückgeführt, daß die Oberpräsidenten in Pommern und anderen Landesteilen in ihrem Austritten Anlaß zur Kritisierung gaben. Nun, die republikanische Staatsform gilt nicht allein für Preußen, sondern auch für Mecklenburg, Thüringen und Bayern, und ich empfehle, einmal dorthin zu fahren und festzustellen, ob dort größere Liebe für den heutigen Staat (zur Deutschen Volkspartei), insbesondere größere Liebe für die

Vollst. Ihres Parteifreundes Stresemann

vorhanden ist. Ihre (nach rechts) politischen Freunde haben es eben auch nicht fertig gebracht, Liebe zum demokratischen Staat zu schaffen. (Große Heiterkeit.) Die beiden Regierungenpräsidenten in Dispreußen sind Kandidaten der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei gewesen. Soll für diese Regierungspräsidenten die Parteimeinung nicht gelten? Entweder sind die preußischen Beamten frei in ihrer politischen Meinungsäußerung, — dann gilt das aber auch für die demokratischen Beamten; oder man spricht von parteiisch eingestellten Beamten: Dann sind es aber auch die Beamten der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen.

Der Abg. v. Egnern hat mich heute aufgefordert, mit meiner Radikalfraktion aufzuhören. Er hat dabei auch die

preußischen Erlasse in der Flaggenfrage

erwähnt. Ich möchte dazu ausdrücklich erklären: In der Frage der preußischen Fahne und der Reichsflagge gibt es in meinem Ministerium keinen Streit. (Lebhafter Beifall links und in der Mitte.) Es gibt eine schwarzweiße Preußenfahne und eine schwarz-rot-goldene Reichsflagge. (Lebhafter Beifall. — Zuruf bei den Kommunisten: „Schweig die Lippen doch zusammen!“ — Der kommunistische Zwischenrufer erhält einen Ordnungsruf.) Wenn auf Betreiben der Reichsregierung alle Länder aufgefordert werden, an den Verfassungstagen auch in den Reichslanden zu tagen, habe ich dafür zu sorgen, daß in Preußen den entsprechenden Erlässen der preußischen Regierung gefolgt wird. Und wenn ein Regierungspräsident oder sonst ein zuständiger Beamter diesen Erlässen nicht Folge leistet, dann wird nicht mit Radikalfractionen dagegen vorgegangen, sondern mit größtem Geschick. (Lebhafter Beifall links und in der Mitte.)

Der Minister wendet sich dann den in der Staatsberatung erwähnten Einzelfällen zum Thema Personalpolitik zu.

Man hätte nur ein Recht, ihm ein strenges Vorgehen in Einzelfällen vorzuschreiben, wenn er gegen die neuen Beamten etwa milder vorgehe als gegen die alten. Es sei nicht zu befehlen, daß es auch unter den alten Beamten einige Herren gäbe, die den Anforderungen nicht entsprächen, die an einen politischen Beamten zu stellen sind. Der Minister verliest hierzu einen Bericht, ohne die betreffenden Namen zu nennen, in dem von

einem noch unter dem alten Regime ernannten Landrat

gesagt wird, daß er sich in der Verwaltung solange große Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen ließ, daß er ihn nun nicht mehr halten könne, wenn er sein Austritten nicht ändere. (Zuruf des Abg. v. Egnern (D. Bp.): Hoffentlich ist der Beamte nun weg?) Sowohl (Zuruf rechts: Na, also!) Aber als ich ihn entfernen wollte, kam einer (zur Deutschen Volkspartei) Ihrer politischen Freunde zu mir, um für diesen Landrat zu intervenieren. (Lebhafte Heiterkeit, hört links.)

Der Minister wendet sich dann den Ausführungen des deutschnationalen Abg. Baedeker zu, der dem Minister besonders sein

Vorgehen gegen den Landrat Kramer

vorgeworfen hatte. Zu dieser Angelegenheit verliest Minister

Severing einen Brief, der an den Landrat Kramer gerichtet war, und in dem es u. a. heißt:

„Bestügt auf vertrauenswürdige Empfehlungen gestatte ich mir, in einer nationalen Pflichtsache um Ihren Beistand zu bitten. Ich beabsichtige mit einigen ehemaligen Offizieren die Grundbesitzer des Scharnhorstischen Vereins auch in Ihrem Kreise ausleben zu lassen und will zunächst auf den Gütern Ihres Kreises ehemalige Soldaten und nationale Arbeiter in feste Anstellungen bringen, wie wir dies bereits auf einigen Gütern des Allensteiner Bezirks getan haben (hört! hört! links.) Das Unternehmen trägt absolut wirtschaftlichen Charakter. (Beifall rechts.) Ich bitte, mir die Möglichkeit zu geben, mit Ihnen persönlich über die Angelegenheit zu sprechen.“

Der Minister erklärt hierzu: Wer nach diesem Brief nicht sofort Untersuchungen anstelle nach diesem Scharnhorst-Bunde, verdiente in der Tat nicht, als politischer Beamter auf diesem Posten zu stehen. (Sehr wahr! links.) Denn mit den landwirtschaftlichen Arbeitern sänat es an, dann kommen die Fememorde. (Sehr richtig! links. — Beifall bei den Völkischen und Deutschnationalen. — Zurufe links: Wo ist Jahneke? — Die Geldboeber lachen!)

Zum Thema „Personalpolitik“ trägt der Minister dann aus dem Akten des Innenministeriums einen

Schriftwechsel aus dem Jahre 1912

vor. Darin wurde ein als zuverlässig und befähigt bezeichneter Beamter dem Personalreferenten für eine Verwaltungsbeamtenstelle in Breslau empfohlen. Der damalige Personalreferent beantwortete die Empfehlung damit, daß er den Empfohlenen leider nicht berücksichtigen könne, weil er bei den letzten Wahlen zu weit nach links sich orientiert habe. Unter schollerender Heiterkeit teilt der Minister mit, daß diese Vintorsierung sich in der Zugehörigkeit des Betreffenden zur Nationalliberalen Partei äußerte.

In seiner weiteren Polemik gegen die Ausführungen des Abgeordneten Baedeker kommt der Minister auf die verschiedentlich angebrachten Bismarck-Zitate zu sprechen. Aus Bismarck, der so unendlich viel gesagt hat, ließe sich sehr vieles zitieren. Aber, Bismarck hin, Bismarck her, der Landrat Kramer ist „abgefeiert“ worden. In seiner Abschiedsrede hat er sich dahin geäußert, wir müßten

das System Severing in Stücke schlagen.

sonst seien wir unserer Väter nicht wert! (Lachen links.) Er forderte weiter auf, auf das System Severing und die Barmat-Schieber einen Bärenschuß zu trinken. (Erneutes Lachen links.) Herr Baedeker hat mir Feindschaft gegen die Presse vorgeworfen. Die Blätter, die die Wahrheit nicht sprechen und als Kreisblätter gegen die Regierung hegen, sind selbst daran schuld, wenn ich gegen sie vorgehe. Meine Haltung nach der Rede des Generals Sigt v. Armin hat mit dem Andenken an die Opfer des Weltkrieges nichts zu tun. Auch ich achte die Vergangenheit. In meinem Amtszimmer hängen noch die Bilder vom Alten Fritz und vom Großen Kurfürsten mit der Krone darüber. (Zurufe bei den Kommunisten: Das ist der beste Bild!) Meine Herren (zu den Kommunisten): Sehen Sie sich einmal die Tore der russischen Botschaft an, da werden Sie noch immer alte kaiserliche Embleme finden. (Große Heiterkeit.) Wenn das Gemeindeparlament in Berlin beschließt, den Königsplatz umzuwandeln, so sehe ich nicht ein, welche Gründe für mich dagegen sprechen sollen! Sie (nach rechts) müssen sich eben an das Neue gewöhnen! Der Minister geht auf die Angriffe des Abgeordneten Baedeker wegen

seiner Haltung im Ruhrkampf

ein und erklärt, wenn die preußische Polizei seinzeit nicht energisch gewissen rechtsgerichteten Organisationen zu Leide gegangen wäre, dann gäbe es heute keinen preußischen Staat mehr, sondern nur noch das Chaos. Der Minister verliest den Brief eines früheren Obersten an den General v. Watter, in dem es heißt,

die vaterländischen Organisationen würden sich mit der Waffe in der Hand gegen die Reichswehr wenden, wenn diese nach links ruckte.

(Hört, hört!) Was die Äußerung des Abgeordneten Baedeker angeht, ich wäre schuld an dem schlechten Ausgang des Ruhrkampfes, so läßt mich ein solcher Angriff kühl. Ich habe in diesen Dingen ein so gutes Gewissen, daß mich solche Angriffe nicht berühren. Herr Baedeker hat ja damals in Berlin gesehelt! (Sehr richtig! links.) Ich bin der Ueberzeugung, daß, wenn die Pläne der unverantwortlichen Organisationen (Zuruf der Sozialdemokraten: Der Nacht- und Katastrophenpolitiker!) sich damals verwirklicht hätten, daß es dann nicht nur mit dem Rhein- und Ruhrkampf, sondern auch mit dem Leben der Bevölkerung aus gewesen wäre.

Der Minister verliest eine Reihe von Aktenvermerken aus der damaligen Zeit, um vorzutragen, daß unverantwortliche Organisationen, die sich nicht nur politische, sondern auch militärische Befugnisse angeeignet hätten, damals großen Schaden gestiftet hätten. Die Behauptung, so erklärte der Minister, als ob die preußische Regierung damals die nationalen Interessen nicht genügend beachtet habe, ist erfunden. Allerdings unterscheide ich mich darin von dem deutschnationalen Redner, daß ich jede Gewaltanwendung in dem geschichtlichen Zeitraum verwerfe, da ich der Ansicht war, daß eine solche den

Ruin des Deutschen Reiches

bedeuten würde. Um das zu vermeiden, habe ich alles getan. Nun soll ich das Ende des Ruhrkampfes herbeigeführt haben! Als das Kabinett Cuno demissionierte, befanden wir uns in einem derartigen Wahrsungsverfall, daß alle Parteien, auch die deutschnationalen — im Rheinland wenigstens — darauf drängten, den Ruhrkampf so schnell wie möglich zu beenden. (Sehr wahr! links.) Das deutsche Volk war im August 1923 nicht mehr in der Lage, die notwendigen Mittel bereitzustellen, um dem Rheinland und dem besetzten Gebiet in erdorrlicher Weise zu helfen. (Zuruf des Abg. Baedeker (Dnat.): Am 11. August waren doch die neuen Steuern beschlossen!) Wenn das ein

deutschnationaler Agitator siedenden Stades

gejagt hätte, könnte ich es verstehen. Aber bei einem Mann von der Bedeutung des Herrn Abg. Baedeker fehlt mir für diesen Zwischenruf jedes Verständnis. Die am 11. August beschlossenen Steuern waren am 13. längst überholt. Wenn wir damals nicht schnell sozuzufügen Frieden geschlossen hätten, wer weiß, was dann aus den separatistischen Bestrebungen bei der Not des Volkes geworden wäre. Jedenfalls hat damals das preußische Innenministerium an jedem Tage nationale und deutsche Politik getrieben, und ich bin stolz darauf, daß ich dabei mitwirken konnte. (Lebh. Beifall und Handelsnationalen links und in der Mitte. — Zischen bei den Deutschnationalen.)

In der fortgesetzten allgemeinen Besprechung des Etats des Innern greift Abg. Schwefel-Berlin (Kom.) die Haltung der Unternehmener während des Ruhrkampfes an, die überall mit den Franzosen partiierten, weil ihre Lieferungen mit klingender Münze bezahlt wurden und so ein glänzendes Geschäft machten, während die Widerstandskräfte der Arbeiter durch den Hunger gebrochen wurde. Heute stelle sich ein Baedeker hin und behaupte, seine Partei habe den Ruhrkampf geführt. (Beifall bei den Kommunisten.)

Das Haus verliert die Weiterberatung auf Mittwoch 12 Uhr. Auf der Tagesordnung steht auch das Gesetz zum Personalabbau, die Zwischenlösung zur Hauszinssteuer und die Gewerbesteuer.

Ein deutschnationaler Antrag, die Große Anfrage der Deutschnationalen wegen der Behandlung der Saarfragen im Bismarck-Bundrat als ersten Gegenstand auf die Tagesordnung zu setzen, wird abgelehnt.



Vor den Türen der Mitmenschen

nett, bestehend aus und muß dem Verkäufer 25 Reichspfennige bringen. Bedeutend teurer ist die zerbrechliche Ware des Glasmalers. Ihr Grundstoff sind alte verbrauchte Trockenplatten, die jeder Photograph für wenige Pfennige pro Hundert hergibt. Zwischen Bierlachen, Kaffeetöpfen und Fettpapier reinigt der Glasmaler seine Platten, zeichnet er mit Tusche nach untergelegten Vorlagen seine Bilder und rahmt sie als Wandschmuck mit Kalko. Er übt eine primitive Kunst, wie die Kinder Figuren und Bildchen durchmalen. Seine Ware ist aber begehrt und das genügt ihm. Bequemer ist es noch und viel geübt, Postkarten, meist alte Ladenhüter, mit einem Kalkorammen unter Glas zu bringen. Kartenschäher und Bildermacher sind überall anzutreffen und in keiner Stadt des Reiches fehlen sie. Originalitäten sind seltener. Hier fermt einer aus Brotkrumen Büsten historischer Persönlichkeiten oder Körbchen und andere Zierstücke, dort biegt einer aus Draht Kaffeunterseher, ein anderer formt aus alten Gummischläuchen Patentfensterputzer. Bald sind sie hier, bald sind sie dort, überall, überall. Wer wollte die Hoflänger zählen, die mit Song und Klang ihre Großen „zusammenschallern“.

Organisation.

Jeden Schaffenden umkreist eine Schar getreuer „Kumpels“, die mit der Ware an die Türen gehen, ihr Sprüchlein aussagen und die „Platten“ ranschaffen. Jeder hat sein Systemchen, mit dem er den Erfolg an sich teilt. Der eine reist auf Arbeiterhäuser, während dem anderen Doktoren, Direktoren oder Rechtsanwälte „lang stehen“. Eine besondere Klasse versteht es, sich mit dem Brustton nationaler Lieberzeugung Adressen national und völkisch Gesinnter zu verschaffen, denen sie schwarzweißrot markierte Bilder mit Stahlhelmtöpfen, Feldericus Rex oder Hindenburg verkaufen.

Nach Erfahrungen auf ihre Ertragsfähigkeit rangiert, werden Stadtviertel, Straßenzüge oder einzelne Häuser beachtet, systematisch,



In der „Werkstatt“

Es gehört schon zum selbstverständlichen Erleben eines jeden Tages, daß fünf, sechs, sieben und noch mehr Beteiligte vor der Tür stehen. Ein Zeichen, wie so viele, viele von dem Schicksal der harten Zeit in den zermürbten Volkstörper gebrannt. Es ist ein harter Weg, o, ein Weg voll Dornen, aus der Geborgenheit fruchtbarer Wirkens, vom erlöschenden Herd vor die Türen der Mitmenschen. Millionen gehen ihn, müssen ihn gehen, müssen auf ihm ihren Stolz lassen, ihr Selbstbewußtsein zerfehen. „Klopfen gehen“ ist bitter; wenn es auch mühevoll ist, das Notwendigste für den Körper zusammenzuschaffen, so versuchen doch viele, gerade die, welche der Elendsflut unserer Tage zum Opfer fielen, die Bitte um Unterstützung freundlich zu umkleiden. Das hat ein „Kundengewerbe“ aufblühen lassen, das ungebunden an Ort und Zeit gedeiht. An den Stätten, wo sie schlafen und essen, wird gesponnen und erfonnen, organisiert und gearbeitet.

In der Werkstatt des Kunden.

Zwischen düstergrauen Bänden in einem geräuschvollen Gemüß schmahender, ruheloser Menschen, im Nebel einer Tabakwolke arbeitet emsig zwischen bunten Bildchen, Papierbogen, mit Schere, Kleifertopf und Taschenmesser ein Mann, der Kartenschneider. Aus großen Bogen schneidet er Karten, bepappt sie mit köstlichem Dekor, Schuhchen mit Blümchen, Täubchen mit Blümchen, Herzchen mit Blümchen usw. und dann schnitzt er einen Grat hinein, Strahlen, Rosen, Sterne, Zaden und Zäbchen. Das zaidige Wert sieht spielerisch

wie der Landwirt sein Feld bestellt. Wenig beliebt sind Häuser, deren Flurtüren verräterische Gucklöcher haben. Der für den Betielgang bezeichnende Ausdruck „Klopfen“ ist unnatürlich, weil die meisten „Kunden“ es sorgsam vermeiden, die bequeme Türklingel zu benutzen, die durch ihr gleichmäßiges Ausschlagen von Tür zu Tür sein Kommen den ahnenden Seelen hinter den nächsten Türen signalisiert und damit das Geschäft schädigt — sie klopfen.

Die Früchte der Arbeit.

Es sind wohl nur kleine Summen, die täglich mit Bienenfleiß zusammengetragen werden. Die Taschen — unzählige hat der Kunde — sind gefüllt mit Stullenpaketen, Wurst- und Speckenden; Strümpfe, Hemden, Hosen und andere notwendige Dinge werden nach fertiger Fahrt ausgepackt — und meistens zu Geld gemacht. Man sollte meinen, bei solchen Ertragsnissen wären Reichtümer anzuhäufen, o weh! Das Losgefühls aus dem Gesellschaftsgefüge gibt verderblichen Begierden und Leidenschaftlichen freien Weg. „Brenner“, Bier und Kartenspiel machen schnell die Taschen leer, denn selbst vom Bettler zehren menschliche Parasiten, die ihm das Geld und sei es der letzte Pfennig, als Kumpans aus der Tasche ziehen. Und der Kunde gibt und „schlemmt“ selbst, weiß er doch, daß morgen die Menschen nicht weniger mitleidig sind. So kommt es, daß es am späten Abend nach Schnapsfreude und Genuß nicht einmal zu einem Nachtlager reicht.

Viele, viele gibt es aber, die nicht einmal das zusammenbringen, um sich satt essen zu können, geschweige denn ein Nachtlager zu erwerben. Das sind die, in denen noch ein Schein der freundlichen Vergangenheit leuchtet, denen die Beine bei jedem Schritt zu den fremden Türen zu Weilaften werden, die bei jedem Geräusch hinter den Türen scheu davonjaulen, die Qualen leiden um ihre Hilfslosigkeit, mit der sie dem Schlaf ausgeliefert sind.

Berliner Verkehrsfragen.

Ueber dieses Thema sprach im Rahmen einer Sitzung des Ausschusses für die City-Bildung Berlins Prof. Dr.-Ing. C. Giese im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses. Er führte aus, das Anwachen der Vorstädte am Anfang dieses Jahrhunderts ließ zum erstenmal Berliner Verkehrsfragen als Problem erscheinen. Schon damals lautete die Frage, wie ist es möglich, den Verkehr der Vororte reibungslos in das Zentrum der Stadt zu leiten. Die Lösung dieser Frage ist heute noch brennender geworden, da der Autoverkehr, verglichen mit der Vorkriegszeit, um das Vierfache gestiegen ist. Berlin besitzt heute etwa 40 000 Automobile, eine Zahl, die klein ist, wenn man sie mit der großer, amerikanischer Städte vergleicht, aber Berlin, seiner ganzen Anlage nach, wäre überhaupt nicht imstande, den Verkehr einer amerikanischen Weltstadt zu bewältigen.

Die Verhältnisse liegen heute so in Berlin, der Autoverkehr wächst, während der Straßenbahnverkehr abnimmt. Im Jahre 1913 passierten im Laufe einer Stunde die Leipziger Straße z. B. 278 Züge der Straßenbahn, während die Zahl heute auf 220 gesunken ist. Es machen sich immer wieder Bestrebungen geltend, die Straßenbahn aus dem Innern der Stadt wie in London herauszuziehen, wobei aber vergessen wird, daß die Straßenbahn auch heute noch das billigste Massenverkehrsmittel ist. Ein Zug der Straßenbahn, bestehend aus zwei Wagen, faßt 140 Personen, während ein Automobil nur über circa 30 Sitzplätze verfügt und ein Automobil höchstens fünf Personen außer dem Lenker befördert. Setzt man für eine Person in der Straßenbahn einen Quadratmeter der Straße, dann kommen auf einen Autosfahrergast 1,4 und auf einen Insassen des Automobils 20 Quadratmeter, ein Verhältnis, das für sich selbst spricht. Die Berliner Verkehrsfragen sind wie die Londons, Chicagos und New Yorks von Autos überlastet. 63 Proz aller Verkehrsunfälle wie Zusammenstöße und Ueberfahrungen ereignen sich mit Autos. Tatsachen, mit denen sich der Verkehrsachtmann abzufinden hat. — Es gibt nun Möglichkeiten, diese Verhältnisse auch in Berlin zu bessern. Anfänge sind bereits gemacht worden durch das Verbot des Wendens in den Verkehrsstraßen, durch das Verbot von kleinen Motorrädern und durch das System der Einbahnstraße. Aber auch die Einbahnstraße hat Nachteile, sie kann nur angewandt werden, wenn zwei Straßen von ungefähr gleicher Breite in kurzer Entfernung voneinander liegen, außerdem erfordern Einbahnstraßen für den Fahrer

Onkel Moses.

Roman von Schalom Ush.

5. Onkel Moses' Voraussicht

Doch Onkel Moses hatte alles vorausgesehen, und da er ein gewiegter Kaufmann war, so liebte er es, bevor er eine Unternehmung begann, sich nach allen Seiten sicherzustellen, damit keine Ueberraschungen vorkämen und ihm einen Strich durch die Rechnung machten. Bevor er also daran ging, sich mit Mascha zu verloben, ging er zu der Frau, mit welcher die Kinder hatte, ließ sich ihren Mann, den Restaurateur, holen und traf mit ihm ein Uebereinkommen.

„Wieviel willst du?“

Der Restaurateur war ein kleines, unterlegtes schwarzbraunes Männchen; sein Gesicht, die Hände, der Hals, alle Teile des Körpers, die zu sehen waren, waren mit dunklen Haaren bewachsen, und aus diesem Haarwuchs glänzten zwei kleine schwarze Neugelein heraus, die aussahen wie kleine schwarze Mäuschen. Er stand völlig unter dem Pantoffel seiner Frau; sie führte den Luchroom, wo sie süßen, nach heimlichem Rezept selbstgebrauten Bemberger Likör ausschenkte. Zum Essen gab es dazu fettes Hühnerlebern. Und weil die Frau ein kokettes, lebhaftes Geschöpf war und ein Paar Liebesgrübchen in den Wangen hatte, die lustig aus ihrem vollen Gesicht hervorlachten, übte sie auf die älteren Geschäftsleute des Viertels große Anziehungskraft aus. Sie sagten, sie sei so reizend, wie die fetten Gänse- und Entenhinterteile, die in ihrem Luchroom zu haben waren. Die Frau führte das ganze Geschäft, der Mann half nur. Seine Hilfe im Geschäft bestand darin, daß er einigen von den besseren Stammgästen einredete, sie seien an den Kindern, welche seine Frau hatte, beteiligt. Er zog auch die Almosen ein, welche ihm daraus erwuchsen. Da er aber nicht mehr als drei Kinder hatte, war die Zahl seiner Klienten naturgemäß beschränkt, und die Einkünfte aus diesem Erwerb zweig waren nicht allzu groß. Eigentlich wußte er selbst nicht genau, wem die drei Kinder, welche seine Frau geboren hatte, gehörten, ihm, Onkel Moses oder einem Kaufmann von der Dillontreet. Doch das hinderte ihn nicht daran, den Kindern ein guter Vater zu sein und dafür zu sorgen, daß sie eine religiöse Erziehung erhielten. Er ging mit ihnen zum Gottesdienst; die hebräischen Gebete hatte er sie selbst gelehrt.

„Mr. Melnik, was soll das heißen? Wieviel ich will? Sind es denn meine Kinder? Es sind doch Ihre Kinder!“

„Run, nun,“ der Onkel kitzelte ihn scherzend mit dem Zeigefinger, „du hast auch teil an ihnen.“

„Mr. Melnik, es sind Ihre Kinder,“ entgegnete der Jude ernst. „übrigens fragen Sie Gittel“ (so hieß die Frau), „fragen Sie sie nur!“

„Aber ich weiß nicht, welches von mir ist, welches von dir und welches von dem Kleiderhändler auf der Dillontreet,“ erwiderte der Onkel lachend.

„Mr. Melnik, sie war Ihre Frau weit mehr als die aller anderen Männer, bedenken Sie doch das,“ versicherte der Mann treuherzig.

„All das sagte er, um vom Onkel mehr Geld herauszuschlagen. Im Innern seines Herzens aber war er überzeugt, daß die Kinder ihm gehörten und daß Onkel Moses und der andere Kaufmann von seiner Frau an der Nase herumgeführt wurden, die ihnen die Kinder eingeredet hatte, weil das zum Geschäft gehörte.“

„Und wenn ich dich nun zum Administrator der Häuser in der Esserstreet mache, ist dann die Sache in Ordnung?“

Der Mann wäre dem Onkel fast um den Hals gefallen und wollte ihm vor Freude beinahe die Hand küssen, denn sein größter Lebenssehnsucht war, Häuseradministrator zu werden. Ewig unterdrückt, ständig unter dem Pantoffel seiner Frau, hatte das schwarzbehaarte Männchen nur den einen Traum, einmal zu herrschen und über andere Macht zu haben. Und da sein Ehrgeiz nicht über die Esserstreet hinausging, in der er wohnte, war es sein schönster Traum, Nachthaber über die Einwohner der Esserstreet zu werden, in eine Wohnung einzutreten zu können und zu rufen: „Miete oder Kündigung!“ — ganze Familien zu ermitteln, ein so strenger Administrator zu werden, daß die ganze Esserstreet vor ihm zitterte. Doch jetzt fürchtete er, so ohne weiteres dem Antrag des Onkels zuzustimmen, um sich nicht später Vorwürfe zu machen, daß er mehr hätte erlangen können. Daher sprach er mit verschämter Miene:

„Und noch hundert Dollar bar“ (mehr zu fordern, traute er sich nicht).

„Gut und noch einen Hunderter,“ lächelnd willigte der Onkel ein.

Den Mann verdroß es, daß er nicht zweihundert oder fünfhundert Dollar verlangt hatte. Er dachte eine Weile nach und begann dann zögernd:

„Und ein Geschenk für mich.“

„Was für ein Geschenk willst du?“

„Eine goldene Uhr und ... und ...“ der Mann dachte

nach, was er verlangen sollte, „und noch fünfundsanzig Dollar.“

„Die goldene Uhr bekommst du, die 25 Dollar nicht, keinen Cent mehr als hundert, unterschreibe das Papier hier, daß die Kinder dir gehören und daß du gar keine Ansprüche an mich hast.“

„Sofort, sofort, lieber Mr. Melnik,“ das schwarzbehaarte Männlein war sofort einverstanden, da es fürchtete, der Onkel könnte von dem Geschäft zurücktreten, und zuschrieden war, vom Onkel alles herausgeschlagen zu haben, was nur möglich war, und sich nicht später vorwerfen zu müssen, daß er zu wenig verlangt hatte. Der Onkel aber, welcher den Gedankengang des Mannes verstand, bereute später, daß er ihm nicht auch die fünfundsanzig Dollar zugestanden hatte, so daß das Männchen stets von dem Gedanken gequält worden wäre, es habe noch mehr herausgeschlagen können.

„Gittel, mein Kind,“ rief der Mann in den Luchroom, „komm einmal her.“

Gittel, deren Perlenohrringe in den Ohren baumelten, um die das Haar hin und her schwante, trat mit einer koketten Miene ein, welche ihre Wangengrübchen noch mehr hervor-treten ließ.

„Pinchas, mein Leben, du hast mich gerufen,“ stütete sie, als sie den Onkel sah.

„Mr. Melnik heiratet. Gratuliere ihm, Gittel, mein Kind,“ sagte der Mann fröhlich.

Gittel, das Kind, welche über die Verhandlungen zwischen Melnik und ihrem Mann genau unterrichtet war, tat, als wüßte sie nichts:

„Was kümmert es mich, daß Mr. Melnik heiratet?“

„Und ich werd' bei Mr. Melnik Administrator der Häuser in der Esserstreet; danke doch Mr. Melnik, Gittel, mein Kind.“

Als Gittel, das Kind, das hörte, brach sie in Tränen aus.

Der Mann entfernte sich leise und ließ Gittel mit dem Onkel allein, damit sie Abschied nehmen könnten. Der Onkel sprach Gittel ins Gewissen, sie möge von jetzt ab ihrem Mann treu sein, einen besseren Lebenswandel führen und nicht weinen. Nach der Hochzeit werde er auch an sie denken. Als der Mann wieder eintrat, fand er seine Frau völlig gefaßt. Der Onkel rief auch ihn beiseite und schärfte ihm ein, er möge seine Frau gut behandeln und auf sie acht geben. Und beide, Mann und Frau, wünschten dem Onkel alles Gute; er möge glücklich sein für und für und Freude an seiner neuen jungen Frau erleben ...

(Fortsetzung folgt.)

große Umwege. Der Kernpunkt des ganzen Berliner Verkehrsproblems liegt darin, daß die meisten Straßen und Plätze nicht für Autoverkehr eingerichtet sind und ihm überhaupt nicht angepaßt werden. Fast alle Plätze müßten umgestaltet werden, vor allem Reichstagsufer, Rosendorf, Lühnow, Hermann, Kaiserin-Augusta-Platz, der Platz vor dem Brandenburger Tor und der Spittelmarkt. Eine Möglichkeit der Lösung ist hier durch den Kreisverkehr gegeben. Die Aufstellung der Straße muß anders gestaltet werden. Die Wege für die schnellsten Verkehrsmittel, d. h. für Autos, müssen in der Mitte der Straße liegen. Ferner müssen die Oberflächenverkehrsmittel in Berlin vervollkommen werden. Man denkt jetzt an die Einführung zweifädiger Straßenbahnwagen, die allerdings nur auf einer beschränkten Anzahl von Strecken verkehren könnten, da die vielen Ueberbrückungen eine bestimmte Höhe der Wagen vorschreiben. Der Bau von Straßenbahntunnels, für die Boston und Philadelphia in den U. S. A. Beispiele bieten, wäre empfehlenswert, gleichzeitig bedeutet der Ausbau der Untergrundbahn eine dringende Notwendigkeit. Aber alle diese Projekte und Maßnahmen lösen nicht den gordischen Knoten, denn die Leipziger Straße und die Königstraße werden solange überlastet bleiben, bis durch Straßenüberbrückung neue Verkehrsachsen eröffnet werden. Was Hausmann in Paris im großen durchführte, muß auch in Berlin in kleinerem Maßstab ermöglicht werden. Der Verkehr muß dezentralisiert werden. Parallelen zur Leipziger Straße südlich und nördlich sind notwendig. Die französische Straße kann zur großen Verkehrsstraße werden, wenn man nicht die Kosten für einen Durchbruch zur Tiergarten- und Münchestr. scheut. Die jüdische Parallele ist durch die Kochstraße mit Durchbrüchen zur Kurfürsten- und Schöneberger Straße gegeben, ebenso notwendig sind Durchbrüche im Norden des Alexanderplatzes, um eine Entlastung der Königstraße herbeizuführen. Die alten Straßen könnten dann weiter dem Straßenbahnverkehr dienen, während die neuen Verkehrsachsen den Autoverkehr aufnehmen würden. Die Kosten für die Durchbrüche würden sich auf circa 44 Millionen belaufen.

In der Diskussion erklärte Polizeipräsident Dr. Friedensburg, daß die Polizei das größte Interesse daran hätte, die Pläne zu einer Verbesserung des Berliner Verkehrs einbringlich zu unterstützen.

Der Hermsdorfer Postschwindel vor Gericht.

Vordrängige Verurteilung der Verhandlung.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Weidling sollte gestern gegen den angeblichen Schriftsteller Knaus und den Postmeister Bartel verhandelt werden. Sie sind die beiden Hauptschuldigen, auf deren Konto die umfangreichen Betrügereien, durch welche die Rasse des Hermsdorfer Postamts um 45000 M. geschädigt wurde, in erster Linie fallen. Neben diesen mußten noch zwei Helfershelfer auf der Anklagebank Platz nehmen, die wohl im wesentlichen die willkürlichen Werkzeuge der ersten beiden waren.

Wir hatten über die Vorgänge, die sich im Juli des vorigen Jahres in dem reizenden Hermsdorf abspielten, berichtet. Der „Schriftsteller“ Knaus wußte sich auf raffinierteste Weise derart Postkredite zu verschaffen, daß er gelegentlich beim Postschekamt kleinere Beträge einzahlte. Hieraus hob er beim Postamt Hermsdorf größere Summen ab, deren Höhe in die Tausende ging. Diese Schwindeleien waren natürlich nur mit dem stillschweigenden Einverständnis des Postmeisters Bartel möglich, der sich ganz in den Händen von Knaus befand. Dieser hatte sich ursprünglich im Oktober 1924 mit dem kleinen Betrage von 100 M. ein Konto beim Postschekamt eröffnet. Mit diesem Ausweis ging er zu Bartel, der ihm aber nicht den eingezahlten, sondern den geleisteten Betrag übergab. Und so ging es weiter. Sollte sich K. von B. 3000 M., so zahlte er beim Postschekamt 2000 M. ein, während er 1000 M. für sich behielt. Das wiederholte sich, bis das Defizit auf 45 630 M. angewachsen war. Das auf diese Weise erzwungene Geld ist dann für Trinkgelage und große Autofahrten angelegt worden. Wie Knaus, hatte sich auch Bartel in der deutschen nationalen Bewegung betätigt. In dem Hermsdorfer Seeschaal befand sich eine Heimstätte für die Berliner Rechtsradikalen, zu deren Gründern die beiden Angeklagten zählten. Hier wurde an jedem Sonnabend und Sonntag geschossen und egerziert. Noch vor Eintritt in die Verhandlung hatten die Rechtsanwälte Dr. Frey und Dr. Puppe das Gericht, den als Sachverständigen geladenen Oberpostrat wegen Befangenheit abzulehnen. Er habe die Ermittlungen der Voruntersuchung nicht nur geleitet, sondern bei der Schwierigkeit der Materie die Abfassung der Protokolle unbeeinträchtigt beeinflusst. Seine Einstellung müsse unbedingt gegen die Angeklagten voreingenommen sein. Das Gericht gab nach längerer Beratung dem Antrage der Verteidiger statt und vertagte die Verhandlung auf unbestimmte Zeit. Gleichzeitig wurde die Ladung je eines Sachverständigen für das Postschekamt und eines solchen beizulassen, der Auskunft zu geben vermag über die Buchführung beim Postamt Hermsdorf. Ein von Rechtsanwalt Dr. Frey begründeter Haftentlassungsantrag für Knaus, der bereits 7 Monate im Untersuchungsgefängnis sitzt, wurde abgelehnt. Die für den Angeklagten, den der Weidlingser Dr. Bürger als einen stark minderwertigen Psychopathen bezeichnete, dennoch zu erwartende Strafe sei so hoch, daß eine Entlassung nicht in Frage käme. Die anderen Angeklagten befinden sich auf freiem Fuße.

Der Sittlichkeitsverbrecher.

Vor dem erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte sollte gestern die Gerichtsverhandlung in Sachen Wilhelm Wählig stattfinden. Der Fall ist in mancher Beziehung von Interesse und ist seinerzeit bereits ausführlich im „Vorwärts“ behandelt worden. Kriminalpolitisch steht man hier vor einem der schwierigsten Probleme: was mit einem geistig hochstehenden, aber sexuell hemmungslosen und krankhaft veranlagten Menschen zu machen sei. Als ganz junger Mensch beging Wählig sein erstes Sittlichkeitsverbrechen. Dann folgten im Laufe von sechzehn Jahren fünfzehn Strafen wegen Einbruchsdiebstählen, Unterschlagung, Hausfriedensbruch, Betrug, Körperverletzung, Sachbeschädigung, Aufrucht, verurteilter Notzucht und Sittlichkeitsverbrechen, auch schwere Jugendstrafen. Der Angeklagte hat auch diesmal eine Reihe minderjähriger Kinder in sein unsittliches Treiben hineingezogen. Er ist schwerer Epileptiker; in den Gerichtssaal wurde er auf einer Tragebahre gebracht, auf seiner Stirn sah man noch eine blutige Verletzung, die von einem epileptischen Anfall herrührt. Mit ihm zusammen ist eine junge Lederarbeiterin A. angeklagt. Während der Aufnahme seiner Personalien verhielt der Angeklagte sich noch ruhig, aber kaum hatte der Vorsitzende die ersten Worte des Eröffnungsbeschlusses verlesen, da wurde Wählig von einem schweren Anfall betroffen. Mit dem Körper an die Bahre geschnallt, schlug er mit den Händen um sich und trümmte sich in heftigen Zuckungen. Das Gericht sah sich gezwungen, die Verhandlung zu vertagen.

Ringbildung bei Ausschreibung städtischer Lieferungen.

In der Berliner Stadtkommissionenversammlung wurde die sozialdemokratische Fraktion zum Schutze des Stadtsäckers eingeschritten. Sie richtet an den Magistrat folgende Anfrage:

„Mit dem Magistrat bekannt, daß bei einer Ausschreibung von Teilarbeiten für den Bau der Hochschloßmarkthalle in der Landsberger Allee Offertenabgaben auf Grund vorheriger Verhandlung von Firmen erfolgten, die der Berliner Schöffengerichtung bzw. dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg nicht fern stehen, und daß diese Offerten in ihrem Gesamtbetrage um rund 65.000 Mark bis

Öffentliche Kundgebungen

für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten

heute, Mittwoch, den 3. März:

Spandau: Abends 8 1/2 Uhr in der Jubiläums-Turnhalle, Ecke Moritz- und Wollfeustraße

Redner: Reichsminister a. D. S. O. I. M. a. N. R. d. R. Um 7 Uhr ab Regier Platz: Demonstrationsfackelzug.

Prenzlauer Berg (27. Abt.): Abends 7 1/2 Uhr in den Schönhauser Festjalen, Schönhauser Allee 129.

Redner: Staatssekretär Heinrich Schulz.

Kreuzberg: Abends 7 1/2 Uhr Fontanepromenade, Am Urban. Abmarsch zum Propagandazug.

Lichtenrade: Abends 7 1/2 Uhr im Lokal von Rohmann, Hilbertstraße.

Redner: Dr. Julius Moses, R. d. R.

Neukölln (95. Abt.): Abends 7 1/2 Uhr bei Lausch, Hermannstraße 199 (Glashalle).

Redner: Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg, Mitglied des Preussischen Staatsrats.

Karlshorst: Abends 7 1/2 Uhr im Restaurant „Zum Fürstehaus“, Treßlowallee 92.

Redner: Reichstagsabgeordneter Stelling.

Buchholz: Abends 7 1/2 Uhr bei Rossak, Hauptstraße 71.

Redner: Eduard Zacherl, R. d. R.

Buch: Abends 7 1/2 Uhr im Lokal von Göpfert, am Bahnhof.

Redner: Stadtkommissioner Robert Rohde.

Morgen, Donnerstag, den 4. März:

Tempelhof: Abends 7 1/2 Uhr in Grassells Gesellschaftshaus, Mariendorf, Chausseestraße.

Redner: Staatssekretär Heinrich Schulz.

Neukölln (92. Abt.): Abends 7 1/2 Uhr in der Aula des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums, Kaiser-Friedrich-Straße.

Redner: Dr. Julius Moses, R. d. R.

Neukölln (93. Abt.): Abends 7 1/2 Uhr in Wolffs Gesellschaftshaus, Kirchhofferstr. 41, Ecke Wipperfstraße.

Redner: Franz Künzler, R. d. R.

Neukölln (95. Abt.): Abends 7 1/2 Uhr bei Richter, Pringandjery-Str. 3.

Redner: Dr. Kurt Löwenstein, R. d. R.

Neukölln (95. Abt.): Abends 7 1/2 Uhr im Lokal von Jenk, Hermannstr. 213, Ecke Jägerstraße.

Redner: Stadtrat Conrad.

135 000 Mark höher waren als andere Angebote? Ist dem Magistrat durch Feststellungen, die vielleicht schon vorgenommen wurden, bekannt, daß Firmen, die sich an der gemeinsamen Preisabrede nicht beteiligten, von den ringbildenden Firmen bare Entschädigungen und weitere Entschädigungen durch kleinere Auftragszusammenhang in bindender Form in Aussicht gestellt worden sind? Hat der Magistrat Vorkehrungen getroffen, daß bei Ausschreibungen Offerten von Firmen, die zum Zwecke willkürlicher Preisreduzierungen Ringe bilden, nicht berücksichtigt werden und daß das gesamte Ausschreibungsverfahren in einer den Interessen der Stadt und der steuerzahlenden Einwohnerschaft völlig gerecht werdenden, anständigen Geschäftsbräuchen entsprechenden Weise geregelt wird?

Die Affäre Jürgens.

Die Vernehmung des schwer belasteten Ehepaars Jürgens wird in dieser Woche hauptsächlich durch den Stargarder Untersuchungsrichter Dr. Fuchs geführt, der im Roßdäcker Untersuchungsgefängnis, wohin die Beschuldigten am Montag übergeführt sind, ein eigenes Zimmer bezogen hat. Sowohl Landgerichtsdirektor Jürgens wie seine Frau wurden von Dr. Fuchs in den letzten Tagen eingehend vernommen. Beide leugnen vorerst noch die ihnen zur Last gelegten Verfehlungen. Uebrigens sollen sich neue Zeugen gemeldet haben, die die Stettiner Kommissare Schupp und Wäbe in Stargard vernehmen werden. Für nächste Woche ist die Zurückführung des Ehepaars Jürgens ins Stargarder Gefängnis vorgeesehen.

Die Kunstgemeinde Neukölln veranstaltete am Montag einen Tanzabend. Mitglieder der Staatsoper, die erste Solotänzerin Elisabeth Grube und Harold Kreuzberg, alte Lieblinge der Neuköllner Kunstgemeinde, bestritten das Programm. Starker Beifall dankte für die guten Leistungen. Oft wurden ganze Länze wiederholt. Auch der Kapelle, die unter Leitung von C. Huth spielte, wurde mit Begeisterung gedankt.

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 3. März.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
3.30 Uhr nachm.: Jugendbühne (Unterhaltungsstücke). Die Funkprinzessin erzählt: von „Bob und Baby“. 1. Der kleine Fink. 2. Der Schornsteinfeger. 3. Lernen (sämtlich von Felix Salten). Die Funkprinzessin: Stella Hay. 4.30-6 Uhr nachm.: Nachmittagskonzert der Berliner Puppentheater. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufmann. 6.35 Uhr abends: Gartendirektor Ludwig Lesser: „Rundschau für Garten- und Blumenfreunde (Besuch bei einer Blumenfreunde)“. 7 Uhr abends: Dr. Theodor Mayer-Wilmersdorf: „Vom Schönein und Schönbleiben“. 7.25 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Philosophie: Ministerialrat Dr. med. Alfred Beyer: „Psychologie der Gemeinschaft“. 7.50 Uhr abends: Manfred v. Ardenne: Experimentalvortrag: „Empfang mit Mehrfachröhren“. 8.30-10 Uhr abends: Orchesterkonzert. Unter Mitwirkung von Lillian v. Grasselt, Sopran, und Kammeränger Eduard Habich, Bariton. Dir.: Bruno Seidler-Winkler. 1. Mozart: Ouvertüre zu der Oper „Così fan tutte“. 2. Mozart: a) Arie der Gräfin aus der Oper „Figaros Hochzeit“. b) Arie der Pamina aus der Oper „Die Zauberflöte“ (Lillian v. Grasselt). 3. Tschaikowsky: Ouvertüre zu „Romeo und Julia“. 4. Gounod: Valentins Gebet aus der Oper „Margarite“ (Eduard Habich). 5. Meyerbeer: Arie der Selica aus der Oper „Die Afrikanerin“ (Lillian v. Grasselt). 6. Bizet: L'Arlesienne Suite I. 7. a) Massenet: Arie des Herodes, aus der Oper „Herodes“. b) Bizet: Lied des Torero aus der Oper „Carmen“ (Eduard Habich). 8. Meyerbeer: Fackeltanz I (B-Dur) (Berliner Puppentheater). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30-12 Uhr abends: Tanzmusik (Kapelle der 3 (Preuß.) Nachrichtenabteilung. Leitung: Obermusikmeister Walter Harmens).

Königswusterhausen, Mittwoch, den 3. März.

3-3.30 Uhr nachm.: Lektor Mann und Studienrat Friebel: Englisch für Anfänger. 3.30-4 Uhr nachm.: Lektor Mann und Studienrat Friebel: Englisch für Fortgeschrittene. 4-4.30 Uhr nachm.: Frau Dr. Agnes Molthan, Studienrätin: Die Eingliederung der höheren Mädchenbildungsanstalten in das höhere Schulwesen. 4.30-5 Uhr nachm.: FrL Anna v. Gierke: Hanswirtschafliche Berufe. 8.30 Uhr abends: Uebertagung aus Berlin.

Ratten- oder Wohnkeller?

Man kennt Berliner Kellerwohnungen, die Wände sind verschimmelt, ganze Plitzkulturen haben sich gebildet, die Dielen, vermoest, mit klaffenden Rissen, sind unterhöhlt durch Ratten, sie schwanen, wenn man fest tritt. Ein Fenster führt auf den trostlosen Hof. Man sieht nur, wenn man auf das Fensterbrett klettert, die verschimmelten Wände der Hinterhäuser, von denen der Stuhl bröckelt. Kinder wachsen hier auf, die keine Sonne und Freude kennen, ein Geschlecht, das zum Untergang verdammt erscheint. Und doch gibt es Menschen, die sich weigern, diese Höhlen zu verlassen, die sich mit ihrem Schicksal abgefunden haben, die hier ihr Leben beschließen wollen.

Er ist sechzig Jahre alt, geborener Schlesier, früh kam er nach Berlin. Seinem Beruf nach ist er Schuhmacher. Jahrelang betrieb er sein Handwerk in der Fenestraße 19 am Wedding. Da kaufte er eines Tages einen Lederrücken. Nachher stellte es sich heraus, daß dieser Rücken gestohlen war. Er wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Als er herauskam, überredet ihn sein Vetter, er solle ihm seine Kellerwohnung im Vorderhaus überlassen und eine Stube im Keller des Hinterhauses beziehen, er könne dort umsonst wohnen. Er ging darauf ein, seit zwei Jahren haust er dort, versucht noch hin und wieder Reparaturarbeit zu machen, aber er darf draußen sein Gesicht nicht anmachen, niemand weiß, daß er hier wohnt.

Der Hof sieht sauber aus. Dem Eingang gegenüber liegt ein Pferde stall, hier hält eine Kohlenfirma sechs Pferde. Links steht es in den Keller. Ein langer, dunkler Gang führt zu der Stube. Eine dampfende, verpestete Luft schlägt dem Eintretenden entgegen. Man kann im ersten Augenblick nichts unterscheiden. Durch zwei kleine, verschmutzte Scheiben fällt ein trübes Licht. Allmählich erkennt man die Gegenstände. An der Wand links, vom Eingang, liegen Rattentruhen übereinander geschichtet, der Bezug ist zerfetzt, das Rattentruhen kommt heraus, der wacklige Aufbau wird von einem zerbrochenen Sofa getönt. Davor liegt in einem Bett ein anderer alter Mann, bedeckt mit einer zernagten Steppdecke. Alles ist hier angeordnet, überall liegt Staub mehr als fingerdick. In der Mitte der Stube steht ein kleiner, eiserner Ofen, in einem Topf wird eine Brotsuppe aus verschimmeltem Brot und Wasser gekocht. Der Geruch erregt Uebelkeit. „Rein Mittag“, sagt der Inhaber der Stube. Ja, alles muß hier zugedeckt werden, die Ratten nagen alles an. Man ist ihnen hilflos gegenüber. Er zeigt auf ein Drahtgitter auf den Dielen. Eine tote Ratte liegt darunter, gefangen in dieser primitiven Falle. Er erklärt, das Drahtgitter richte er etwas auf, stütze es mit einer harten Brotkruste, die Ratte kriecht die Kruste an und wird unter dem Gitter begraben. Ja, die Ratten. Nachts sei es manchmal nicht auszuhalten. Sie liefen ihm und seinem Freunde, einem alten, arbeitslosen Maler über das Gesicht, aber man gewöhnte sich daran. Alles hoben sie an, er zeigt auf seine Kleider, die Hosen, der Mantel sind zerfetzt, ganze Stücke herausgenagt. Die Dielen sind vollkommen unterhöhlt.

Und hier hausten die beiden alten Männer ohne Licht, ohne Heizung in einer Luft, die sich beklemmend auf die Brust legt, in einem pestartigen Gestank, in Gemeinschaft mit Ratten und anderem Ungeziefer. Und sie sind unglücklich darüber, daß sie aus diesem sinkenden, leuchtend dunklen Stall herauskommen.

Die Jugendweihe in Neukölln findet am 28. März im Großen Saal der Reuen Welt statt. Anmeldungen werden nur noch bis 5. März im Unterricht Donaust. 120 angenommen.

Billige Nischel! Am Mittwoch und Donnerstag kommen in den Verkaufsstellen der Mitglieder des Vereins der Fischhändler von Groß-Berlin zum Verkauf: selbiger D. H. e. d. o. r. i. c. h. (ausgenommen) pro Hund 20 M. Diese Verkaufsstellen befinden sich in den Ladengeschäften, in den Markthallen und auf den Wochenmärkten, und sind durch Plakate kenntlich gemacht.

Ein deutsches Riesenflugzeug soll, wie Dr. Eckener bei einem Vortrag in Düsseldorf mitteilte, demnächst gebaut werden. Die neuen Maschinen, die von den Dornier-Werken in Friedrichshafen hergestellt werden, sollen alle bisherigen Konstruktionen übertreffen. Es wird eine Flügelspannweite von 70 Metern besitzen und mit Motoren von über 80000 Pferdestärken ausgestattet werden.

Der 84jährige August Thossen mußte sich am Montag in Düsseldorf einer Grauen-Star-Operation unterziehen, wobei das eine Auge entfernt wurde, um die Sehraft des andern zu erhalten.

Trebitsch-Lincolns Sohn in England hingerichtet. Der Kanonier John Lincoln, der Sohn des bekannten Abenteuerers Trebitsch-Lincoln, der auch beim Rapp-Putsch eine wichtige Rolle gespielt hat, ist wegen Vordes zum Tode verurteilt und am Dienstag morgen im Gefängnis Shepton Mallet gehängt worden. Sein Vater, der sich auf der Reise von Ceylon nach England befand, um ihn noch einmal zu besuchen, konnte England nicht rechtzeitig erreichen, da er in Marseille seine Schiffsrechnung nicht bezahlen konnte und dadurch einen unvorhergesehenen Reiseaufenthalt erlitt.

König Alfons von Spanien will mit seinem gesamten Hofstaat, mit seiner Frau und dem Diktator Primo de Rivera, auf den Flugzeugen des spanischen Weltfliegers Franco nach Argentinien fliegen. Hierbei soll das höfische Zeremoniell bis in alle Einzelheiten gewahrt werden.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Wochenabend der Kriegsbekämpften, Kriegsteilnehmer und Kriegsehrent. Mischen, Abt. Kreuzberg. Die Mitglieder des Reichsbundes treffen sich zur Demonstration gegen die Herberabfindung am Mittwoch, den 3. März, abends 8 Uhr, in der Fontanepromenade. Regier Besuch ist im Interesse der Gede erwünscht.

Arbeiter-Kabarett Deutschlands, e. V., Odenstr. 182, Tel. Reichsplatz 3420. Die Abteilungen legen regelmäßig abends 8 Uhr in folgenden Lokalen: Abt. Tiergarten: Freitag, Stenbaler Str. 21; Abt. Wedding: Donnerstags, Altes Theater Str. 2; Abt. Prenzlauer Berg: Donnerstags, 4. März, Rosenberger Str. 9. Musikabteilung: Abt. Friedrichshagen: Montag, Wollfeustraße 10; Abt. Ebersow: Dienstag, Rosenberger Str. 10; Abt. Rosenthaler Tor: Donnerstags, Altes Theater, 11. Abt. Charlottenburg: Dienstag, Wollfeustraße 4; Abt. Schöneberg: Donnerstags, 4. März, Festungsweg der Kurie und experimentieren; Abt. Neukölln: Freitag, Abt. Lichtenberg: Freitag, Reichsstraße 11 bei Bent; Abt. Wilmersdorf: Freitag, 4. März, Eichestr. 18. Vortrag: „Betriebskassen und Arbeiterkassenverbände“. Gede zu sämtlichen Veranstaltungen willkommen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Dem „Lagerkäufer“ Jolly. Der „Lagerkäufer“ Jolly, der sich vorgenommen hat, im „Krotobis“ in der Friedrichstr. 124 in einem Geschäfte 44 Tage lang nur von Rognetten und Scherwaffen zu leben, hat bereits das erste Drittel seines Programms hinter sich. In 16 Tagen hat er 13 Pfund abgenommen. Nach einer vorübergehenden Augenentzündung, die durch die scharfe Beleuchtung des Ausstellungsaumes hervorgerufen war, hat sein Augenmerk sich wieder auf seine gute Raute nicht gelassen. Das Interesse der Berliner, die zu einem Teil verzeihen haben, wie sie in der „großen Zeit“ selber die Raute des Hungern ausüben, an dem Mann im Geschäft ist erkrankt. Wieder haben sich hunderte von Besuchern zum Augenärzte angeschlossen. —
Die Preiszahlung der vertriebenen Emser Thermalquellen, wesentlich beruhend auf ihrem einzigartigen Gehalt an Selen, spricht sich in jeder Weise durch ihre regulierende Einwirkung auf die krankhaft veränderte Beschaffenheit, Tätigkeit und Absonderung der Schilddrüse aus. Das nach allen Rändern der Erde vertriebene „Emser Wasser“ (Rudow) enthält als ein natürliches Heilmittel sämtliche Bestandteile in unveränderten Mengen. Durch Absonderung wird das natürliche Emser Quellwasser gewonnen, aus dem die bekannten heißen Emser Bäder hervorgehen. Gegen Nerven, Rheumatismus, Gicht, Bluthochdruck, Athma, Ratsche aller Art (auch chronische Form), Grippe und Grippegefahr, Schwächen usw., haben sich die natürlichen Emser Heilmittel von jeder herangezogen bewährt.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachdr. verb.) Nach kurzer Aufklärung erneute Einwirkung und leichte Regenfälle. Wetterhin warm. — Für Deutschland. Überall warm, von West nach Ost fortwährende kurze Aufklärung mit nachfolgender Eintrübung.

Mißfarbene Zähne

Reingeschmackt ist Chlorodont steht darin unerreicht da und ist daher mit Recht von Millionen als tägliches Zahnpflegemittel im Gebrauch.

entstellen das schönste Anflitz. Ubler Mundgeruch wirkt abstoßend. Beide Schönheitsfehler werden in vollkommen unschädlicher Weise beseitigt durch die Zahnpaste Chlorodont, wirksam unterstützt durch Chlorodont-Mundwasser. Achten Sie auf das herrlich erfrischende Pfefferminzaroma, das frei von jedem trügerischen oder seifigen

Die dritte Klasse.

Von Swan Bunin.

Wer glaubt, wann und wo er will, dritter Klasse fahren zu können, ist ein armer Tropf.

Stellen Sie sich Ceylon vor, Colombo!
Die Hitze ist höllisch, die, still-wahrscheinlich so ähnlich, wie vor jenem schrecklichen Gewitter, mit dem die Sturmlut einsetzte.

Ganz in weißer Leinwand gekleidet, mit weichem Tropenhelm, sitze ich in dem higgetränkten, lackierten Wagen, einem ganz kleinen Zweiräder und an der dünnen, weißen Deichsel, etwas vornübergebeugt, laufe mit regelmäßigen und großen Schritten der hochgewachsene schwarze Tamule, in seiner mächtigen, wunderbaren Radtheit glänzend.

Ich fahre auf den Bahnhof um, sagen wir, nach dem Pic-Adam oder zum Anaradschapura zu reisen.

Vor mir sehe ich schon den leeren, weißen und blendenden Platz und dahinter das noch mehr blendende Gebäude, einem mauretanischen Palast ähnlich, beinahe erschreckend durch sein Weiß auf dem von der Hitze ebenfalls weißen Himmel. Inmitten all dieser Weiße und der weißen Sonnenflamme schneidet der schwarze Körper des Tamulen mit seinem schwarzen Haar in die Augen.

Eine Minute später betrete ich das Bahnhofsgebäude.

Hier ist es erträglicher. Die leichte angenehme Zugluft tut wohl. Ich nehme den Helm ab, wische mir die feuchte, eisige Stirn ab, an der unter dem Schweiß der Knochen unnatürlich fühlbar ist und eile auf den Bahnsteig.

Der große, schwere Zug steht schon bereit. Er hat ein weißes Dach und wegstehende Vorhänge an den Fenstern.

Ich laufe zu dem Koffen, in dem der Kassierer sitzt, nehme unterwegs so viel Geld aus der Tasche, als ich zur Fahrt bis Anaradschapura benötige, dritter Klasse, dann klopfe ich mit dem Gelde an dem Schalter, wo der Engländer herausfährt:

„Third class, Anaradschapura! Dritte Klasse Anaradschapura!“
„First class? Erste Klasse?“ antwortet er mit einer neuen Frage.

„No, third class, third class!“ (schrte ich.)
„Yes, first class!“ (schrte auch der Engländer und wirft beim Schalter eine Karte erster Klasse heraus.)

„Verstehen Sie mich denn nicht, zum Teufel noch einmal!“ (schrte ich während und stecke meine Nase zum Suchfenster hinein.)

Ich will die Besonderheiten dieses Landes, das Leben und Treiben studieren, will alle Einwohner kennenlernen, bis herunter zu den Verachteten (wie sie gerne die Farbigen zu nennen pflegen) und die haben doch nicht das Recht, erster Klasse zu fahren. Und jedesmal, wenn ich eine Karte dritter Klasse lösen will, beginnt dieser eifrige Kampf mit dem Kassierer.

Ich verlange klar und deutlich dritte Klasse. Dessen ungeachtet unterbricht er mich jedesmal vom Neuen, indem er den ähnlichen Klang der Worte „third“ und „first“ ausnützt:

„Sie wollten sagen: erster Klasse!“

„Ich (schrte: „Dritte!“) und trotzdem wirft er mir eine „erste“ heraus. Ich werfe sie zurück, dann beginnt der eigentliche Kampf: der Kassierer, außer sich vor Staunen und Entrüstung darüber, daß ein Weißer von dem niedrigen und wahnwitzigen Wunsche befehlen kann, neben den Farbigen zu sitzen, beginnt zu schreien, will mir Angst einjagen, indem er vom Ungeziefer spricht, das ich von den Farbigen bekommen kann, hauptsächlich aber meint er, das wäre noch nie vorgekommen, daß ein Weißer so etwas getan hätte, das ist nicht Was — kurz, er ist geradezu aufreizend anmaßend! Und ich mache energig Schluß:

„Entweder Sie geben mir in der Minute das, was ich verlange habe oder ich garantiere für nichts!“

Natürlich gab der Kassierer nach: über meine Wut erstaunt, stehl er einen Augenblick wie starr da, sieht mich aus seinen aufgerissenen Augen wie eine toll gewordene Kobra an, dann wirft er mir eine Karte dritter Klasse beinahe direkt ins Gesicht.

Sieg? Oh nein, dazu ist es noch zu früh, um einen Sieg zu feiern!

Feierlichen Schrittes gehe ich zum Waggon, steige ein, warte auf den letzten Pfiff der Lokomotive, noch mehr aber, selbstverständlich, auf meine Reisesgefahrten, diese „verachteten“ Farbigen.

Aber verteuelt: es kommt niemand.

Auf dem Perron, an meinem Kopfe vorüber, laufe der ununterbrochene, monotone Värm schlürfender, nackter Füße.

Warum aber laufe dieser Värm immer vorüber an meinem Kupee, immer weiter, irgendwohin?

Ah, ich verstehe: mein weißer Helm schreckt sie, der Helm des weißen Menschen in dem Kupee, in das — nach ihrer Meinung — es besser ist, gar nicht einmal die Nase hineinzustecken.

Ich nehme den Helm ab, drücke mich ganz in die Ecke und warte wieder: und wieder vergebens.

„Warum kommt denn jetzt niemand?“ denke ich, „seht sehen Sie mich doch gar nicht?“

Inzwischen ertönt der Pfiff der Schaffner und der Zug setzt sich in Bewegung. Schluß. Ich bin allein. Aber warum, warum?

Ich springe auf, beuge mich zum Fenster hinaus, um zu erkunden, warum es sich handeln kann. Die Sache erklärt sich sehr einfach: auf meinem Kupee steht mit Kreide in großen Lettern geschrieben: besetzt! Kaum nur hatte ich Zeit gehabt, den Waggon zu besteigen, als auch schon: besetzt draufgeschrieben worden war! Hast du dich einmal auf die Hinterbeine gestellt, hast dir eine Dritte-Klasse-Karte erpreßt, das heißt: fahre allein, idiot!

Und sonderbar: ich werde gefügig.

Traurig mit den sich bewegenden Fenstervorhängen lächelnd, sitze ich allein in „meinem“ Waggon.

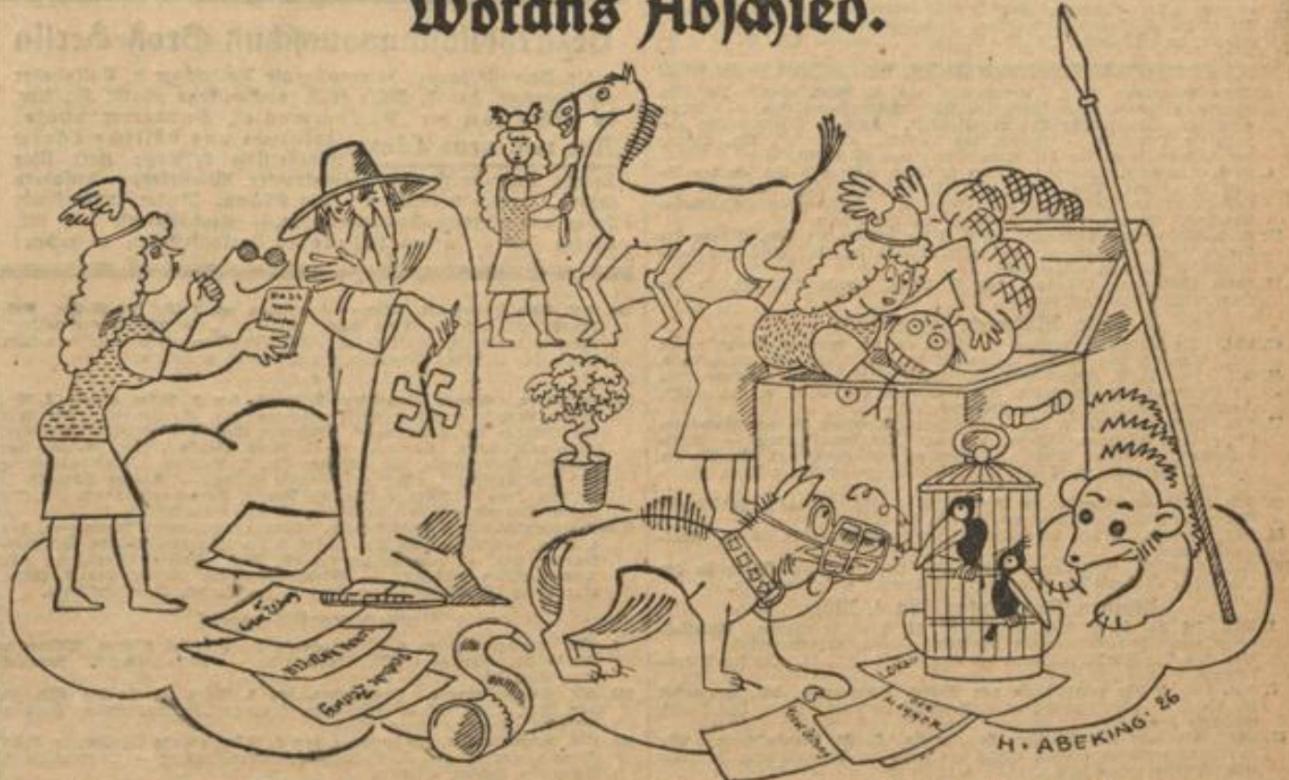
Und der Zug saufe durch die endlose Weite der blendenden Hitze, die sich vom Himmel über diese heitere, paradiesisch reiche Erde ergießt. Und deutlich tönt das Echo vom Geräusch der rollenden Räder aus dem Walde, der längs der Strecke unendlich in seiner Größe an den Fenstern vorbeischiebt.

„Kurumba-a“ schreien auf den Stationen bitter und laut die Verkäufer von Kokosnüssen. Das ist die Begleitmusik zu dem trodenen Värm der bloßen Füße, die ununterbrochen an meinem Kupee vorbeiräuschen. Und ich denke:

„Jetzt werde ich auspringen und diesem verfluchten Großbrünnlein zum Trost in ein anderes Kupee hinüberlaufen, wenn es sein muß, sogar in die vierte Klasse, in einen Waggon, der so überfüllt mit stehenden und stehenden Schwarzen, mit ihren schokoladenfarbenen Körpern, die nur an den Hüften mit schweißtriefenden Fetzen umwickelt sind!“

Aber während ich all dies denke, rühre ich mich dennoch nicht vom Platz. Jemand eine bittere Ergebenheit lähmt mich.

Wotans Abschied.



Weh! Walvater mag nicht in Walhall mehr walten!
Die Nacht naht! Es straucheln der Helden Gestalten!
Was dumpf mir die Erde in dämmernder Weite
Einst kündete, kommt jetzt: die völkische Pleite!

Der weidliche Wulle ein Wunder erwimmert,
Dem Kunze sind seine Kredite verflümmert.
Der Vorsig ist böse. Es dämmert der Dalles
Des Schwertgeklirres und Wogenpralles!

Was ich mir von räudigen Ratten ließ raunen:
Was ist das alles gegen Mahraunen!
In fahlen Farben die Tage sich tünchen:
Dem Reventlow blühte der Kauschmiß in München!
Ich packe die Koffer. Lebt wohl unterdessen,
Ihr schnaubenden Schnauzen, ihr freislichen Fressen!
O miefer Aussicht miefe Prozente:
Perdu ist die Pinke und nah die Polente!

Und wieder, unter dem deutschen Värm der rollenden Räder fährt der Zug weiter, und wieder fliegen die Dschungeln vorüber, paradiesisch hellblau hinter den Bäumen die Elefanten vergleichbaren Berggipfel und tiefe Täler...

Welch ein siegesreicher Lauf, was für ein frecher und mächtiger Zug, der da so hochmütig diese ewigleuchtende Erde durchschneidet!

(Aus dem Russischen Übertragen von K. R. Wasserbauer.)

Das Rätsel der Zugvögel.

Allmählich ist die Zeit da, wo die geflügelten Gäste aus dem Süden oder wenigstens ihre Quartiermacher wieder einzutreffen beginnen und damit regt sich aufs neue das Interesse an dem Geheimnis, das immer noch die Rätsel des Vogelzuges umwikkelt. Man hat sich in den letzten Jahren dieses Problems durch die Begründung von Vogelwarten an solchen Punkten angenommen, die irgendwo Brennpunkte der Bewegung der Zugvögel darstellen, wie z. B. die Vogelwarte in Rossitten, die ein Hauptdurchgangspunkt der skandinavischen Zugvögel ist.

Die Vermutung, daß der Vogelzug mit der Witterung irgendwie in Verbindung stünde, ja, daß die Bewegungen der Zugvogelschwärme sogar sichere Schlüsse auf die Entwicklung der Witterung zuziehen, hat sich im allgemeinen nicht bestätigt. Die Vögel ziehen fast bei jedem Wetter, auch bei Regen, wenn er nicht gar zu heftig ist, sie ziehen ohne Rücksicht auf die Richtung des Windes und auf das Steigen oder Fallen des Barometers. An Tagen, die einer längeren Schichtwetterperiode folgen, unterbleibt häufig genug trotz der Aufklärung der Vogelzug, während er sehr häufig an schlechten Tagen nach einer Schichtwetterperiode in merkwürdig starkem Maße einsetzt. Viel eher kann man aus dem Benehmen der Zugvögel auf eine unerklärlich instinktivere Vertrautheit mit der astronomischen Jahreszeit schließen, woraus sich auch zwanglos die Tatsache erklären würde, daß so häufig große Zugvogelschwärme plötzlich einfliegen, während der Regen oder Regenwolken nur Opfer fallen. Eine ausgesprochene Rücksichtnahme auf Wetter und Wind ist im allgemeinen bei den Zugvögeln nur dann zu bemerken, wenn ihr Weg sie zum Ueberfliegen großer Meeresstrecken nötigt.

Ueber die Höhe und die Schnelligkeit des Vogelzuges sind unzählige mehr oder minder phantastische Märchen im Umlauf. Im allgemeinen glaubte man früher, daß die Zugvögel ihre weiten Reisen mit außerordentlicher Geschwindigkeit zurücklegten, tatsächlich beträgt aber ihre durchschnittliche Fluggeschwindigkeit, sofern sie keinen außergewöhnlich starken Rückenwind haben, nur etwa 60 bis 70 Stundenkilometer. Auch die Tagesetappen des Vogelzuges sind bei weitem nicht so groß, wie man sie sich vorgestellt hatte. Der weiße Storch legt zum Beispiel täglich nicht viel mehr als 150 bis 200 Kilometer zurück, wenn er nach dem Süden fliegt. Aus dem Frühjahrsflug hingegen bestreift offenbar das Verlangen nach der alten Heimat und der Bruttrieb das Reistempo so, daß er es zu Tagesleistungen von 500 Kilometern bringt.

Von einer erstaunlichen Leistung des Regenpfeifers, der in Sibirien und Alaska heimisch ist und im Herbst quer über den Stillen Ozean nach den Hawaii-Inseln zieht, berichtet der amerikanische Ornithologe Henshaws. Nach seinen Angaben soll der Regenpfeifer, der übrigens tatsächlich zu den besten und schnellsten Fliegern gehört, die 3000 Kilometer lange Strecke in wenig mehr als 30 Stunden zurücklegen.

Die Frage nach der Höhe, in der die Zugvögel fliegen, hängt vermutlich zusammen mit dem Orientierungsproblem. Tatsache ist, daß der Vogelzug im allgemeinen in der geringen Höhe von wenigen hundert Metern über der Erde vor sich geht. Damit aber, daß der Zugvogel die Erde offenbar nicht gern aus den Augen verliert, ist die seltsame Sicherheit seiner Orientierungsfähigkeit nicht erklärbar. Dies ist vielmehr eine der schwierigsten Fragen des Vogelzuges, der gegenüber man bisher fast ausschließlich auf bloße Annahmen und Vermutungen angewiesen ist. Die endgültige Lösung der Fragen muß auf psychologischen Gebiete liegen, denn die Erklärung, daß die nach dem Süden hin zunehmende Wärme den Vogel leite, oder daß er sich nach dem Verlauf barometrischer Depressionen richte, fußt auf einem meteorologischen Schematismus, der durch die tatsächlichen Verhältnisse fast stets Lügen gestraft wird. Die Theorie, daß ein magnetisches Gefühl den Vogel leite, hätte schon etwas für sich, wenn es nicht fraglich erschiene, ob dieses

Gefühl den Vogel sowohl in nord-südlicher als auch in umgekehrter Richtung leiten könnte. Die größte Wahrscheinlichkeit hat die Annahme, daß in den Zugvögeln ein kombiniertes Empfinden lebendig ist, in dem sich der Zugtrieb als solcher mit einem gewissen klimatischen Instinkt vereinigt. In der Richtung, in die dieses Empfinden die Vögel treibt, ziehen sie solange, wie der Zugtrieb in ihnen lebendig ist.

Verhältnismäßige Unklarheit herrscht auch über die Zuständigkeit der Zugvögel zu ihren jeweiligen Aufenthaltsorten. So ist zum Beispiel der Mauersegler, der sehr häufig als Schwalbe bezeichnet wird, ein ausgesprochener Tropenvogel, für den sein Aufenthalt im Norden lediglich eine Sommerfrische darstellt. Die eigentliche Schwalbe trifft bereits frühzeitig im April bei uns ein, vollzieht hier mehrere Bruten und verläßt uns erst im September oder Oktober, ist also in Nordeuropa „zuständig“ und als Zugvogel im Gegensatz zum Segler ein Winterflüchter. Die ersten Rückkehrer sind meistens schon Mitte Februar bei uns zu beobachten, so der Bussard, der Star, Feldlerche und Gabelweibchen. Ihnen folgen als nächste Ringeltaube und Kiebitz. Dann kommen Schmeppen, Bekassinen, Rotschwänzen, Falken und vor allem die Singdrosseln. In der letzten Hälfte des April zieht dann fast die gesamte geflügelte Nacht in ihre alten Nester ein: Grassmäden, Rotschwänzen, Nachtigallen, Amdur, Schilf- und Teichrohrsänger, Rohrdomänen und Sprosser. Als letzte folgen dann die etwas vorwärtigeren Herrschaften, wie die Garten-grasmücke, der Pirol und die Wachtel.

Stifter als Kaktusfreund. Die Freude an den Kakteen, diesen seltsamsten Gesellen des Pflanzenreichs, ist heute weit verbreitet, und man kehrt damit zu einer Mode zurück, die bereits in der Vorkriegszeit blühte. Damals, als Spitzweg seine entzückenden Bilder von Kaktusbegeisterten schuf, wandelte der leidenschaftlichste Kaktusfreund der Literatur nach unter den Lebenden: Adalbert Stifter, der so wundervolle Schilderungen dieser Pflanzen geschaffen hat. Ueber die Kaktusleidenschaft des Schöpfers des „Nachsommers“ berichtet ein Brief von Amelie von Handel, der im neuesten Heft der „Garten Schönheit“ mitgeteilt wird. „Mit Freude erinnere ich mich folgender Episode“, schreibt die Dame, „Stille Nacht im stillen Lenz; jedermann in Schlaf versunken. Zwei Uhr mag es gewesen sein. Da wird Sturm an unserer Tür geklopft. Mein Mann öffnet das Fenster. Stifters Stimme tönt herauf: „Sag deiner Frau, daß der größte Kaktus (nach seinem botanischen Namen habe ich nicht gefragt) ausblüht. Kommt!“ Ich war schneller fertig als mein Mann. Stifter wartete auf mich, und wir rannten durch die dunklen Gassen. Seit Tagen hatte die geschlossene Knospe des Kaktus uns beschäftigt wie ein Geheimnis. Nun stand die Knospe auf dem Tische, von Lichtern umringt, wie auf einem Altar. Gottlob, auf uns zwei hatte sie gewartet! Mein Mann kam ein bisschen zu spät, denn nun spalteten sich die Blätter, erst ein ganz klein wenig, dann von Minute zu Minute mehr, dann quollen rotgoldene Staubfäden aus dem Kelch, die Knospe war Blume geworden. Die Blume war wunderbar schön und wir staunten sie an; aber der ersten Regung des Werdens, dem Dehnen der Knospenschuppen lauschten wir atemlos — als könnten wir sie stören, die Stimme der Natur. Stifter hatte eine große Kakteenansammlung. Manchmal dachte ich, seine Vorliebe für diese kristallisierten Pflanzenformen in stahligem Gewande ergänze ihm etwas allzu Weiches in seiner Seele...“

Caruso und der Wasserreimer. Als Caruso das erste Mal in Berlin sang, wäre es beinahe zu einem Konflikt gekommen. Es war in „Carmen“. Caruso stand, als Don José, während er nicht auf der Bühne beschäftigt war, hinter den Kulissen und gähnete sich eine Zigarette an. Doch kaum war das Ungehörliche geschehen, kam ein Feuerwehrmann angeschossen und machte den Sänger darauf aufmerksam, daß es streng verboten sei, im Theater zu rauchen. Caruso zerdrückte seine Zigarette und erklärte: „Gut, dann verlasse ich das Theater!“ Der pflichterführige Feuerwehrmann eilte mit rotem Kopf zu seinem Vorgesetzten und dieser erließ rasch auf dem Plan, um dem Sänger nach kurzem Wortwechsel „ganz ausnahmsweise“ die Erlaubnis zum Rauchen seiner angeblich unentbehrlichen Zigarette mit den Worten zu geben: „Aber Sie müssen sich der Bedingung fügen, daß in Ihrer Nähe stets ein Feuerwehrmann mit gefülltem Wasserreimer zu stehen hat!“ Tatsächlich stand während des ganzen Caruso-Gastspiels hinter dem Zigaretten rauchenden Caruso auf der Bühne des ehemaligen Berliner Hofopernhauses ein Feuerwehrmann angriffsbereit mit einem gefüllten Wasserreimer...

Sozialdebatte im Reichstag.

100 Proz. Friedensmiete ab 1. Juli 1926.

Der Reichstag nahm gestern zunächst in zweiter und dritter Beratung einen Antrag des Ausschusses zum Finanzausgleichsgesetz an, nach dem der Zeitpunkt für die Erhebung der vollen Friedensmiete vom 1. April 1926 auf den 1. Juli 1926 verlegt wird. Der sozialdemokratische Antrag, den Termin auf den 1. April 1927 zu verlegen wurde abgelehnt.

Darauf gab Genosse Hoffmann beim Titel Versorgungsweisen einen allgemeinen Überblick über den Pensionsfonds, der 42 Proz. sämtlicher Reichsausgaben ausmacht. Aus dieser Ziffer könne man schon ersehen, eine wie große Arbeit auf den Versorgungsbeamten lasse, und wie falsch es sei, diese Beamten, die ohnehin schon bis auf 50 Proz. ihres früheren Standes abgebaut seien, mit neuen Maßnahmen zu bedrohen. Auch solle man sich davor hüten, die Versorgungsbeamten durch feindselige Auseinandersetzungen mit dem Rechnungshof zu stören. Im Vergleich zu den Pensionen der Offiziere seien die Renten der Kriegsbeschädigten trotz der Novelle des Vorjahres auch heute noch durchaus ungenügend. Die soziale Fürsorge für die Beschädigten und Hinterbliebenen sei durch die Fürsorgepflichtverordnung ganz bedeutend verschlechtert worden. Das Reichsgericht habe sich mit den Unternehmern verbündet, um dem im Schwerbeschädigtengesetz vorgesehenen Einstellungsanspruch auszuweichen. Dadurch werde der ganze Arbeitsnachwuchs der 300 000 Schwerbeschädigten und Unfallverletzten über den Haufen geworfen.

Die Sozialdemokratische Partei werde durch einen Initiativgesetzentwurf Gelegenheit geben, diese Gefahr abzuwenden, wie sie überhaupt vom Reichstag verlange, endlich einmal eine Revision des Schwerbeschädigtenrechtes vorzunehmen.

Sie verlange weiter gesetzliche Heilfürsorge für die Kriegshinterbliebenen. Schärfste Kritik forderte das Verhalten der Regierung in Sachen Offizierspensionen heraus. Während sie vorgegeben habe, gegen das berüchtigte Generalsurteil, das den Offizieren die Pension aus der Kriegsstelle zugesprochen habe und das dem Reich jährlich 20 Millionen koste, nichts unternehmen zu können, habe sie gegen die vorjährige Entscheidung des Reichsverwaltungsgerichts, die zum Vorteil der Versorgungsberechtigten getroffen wurde, sofort ein gegenüberliches Vorgehen angefündigt. Wir haben von unserem Standpunkt aus nichts dagegen, wenn man gegen untragbare Entscheidungen höchster Gerichte gesetzgeberisch vorgeht. Denn aber darf man die Korrektur nicht nur einseitig bei den Kriegsbeschädigten vornehmen, sondern muß sie auch auf die Offiziere ausdehnen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach weiterer Debatte berichtete Abg. Hoffmann-Ludwigshafen über das Ergebnis der Ausschussverhandlungen über das Saarrevier. Die Bewohner des Saarreviers halten freu zum Deutschen Reich, obwohl sie durch die französische Inflation in eine äußerste Notlage gedrängt worden sind. Daraus ergibt sich für das Reich die Pflicht, den Einwohnern des Saargebietes zu helfen. Der Ausschuss empfiehlt eine Reihe von Hilfsmitteln, die vom Redner einzeln angeführt werden.

Beim Titel Siedlungsweisen unterstützt Gen. Hüttmann das Bestreben des Reichsarbeitsministers, sich im Auslande die Mittel zum Wohnungsbau zu verschaffen. Protestierer müsse man gegen die Verwendung der Reichszinssteuer für allgemeine Verwaltungszwecke und gegen den außerordentlichen Wucher auf dem Gebiet der Baustoffindustrie.

Die Sozialdemokratische Fraktion beantrage die Ausgaben zur Förderung des Baus von Wohnungen auf gemeinnütziger Basis von 15 auf 20 Millionen zu erhöhen und davon mindestens fünf Millionen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene zu verwenden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach weiterer Debatte begründet beim Titel „Einmalige Ausgaben für Sozialpolitik und Volkswirtschaft“ Gen. Bohm-Schuch den sozialdemokratischen Antrag nach einem Gesetzentwurf zum Schutz der jugendlichen Arbeitskraft.

nach dem die Schutzbestimmungen bis auf das vollendete 18. Lebensjahr ausgedehnt werden, für erwerbsfähige Jugendliche unter 16 Jahren drei Wochen bezahlte Ferien resp. zwei Wochen bis zum 18. Jahr vorgegeben werden. Die Arbeitswoche soll höchstens 48 Stunden betragen. Weitere Bestimmungen betreffen die sonntägliche Arbeitsruhe, die Arbeitspausen und das Verbot der Nachtarbeit. Wie schlimm es um die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter bestellt ist, führte Genossin Bohm-Schuch aus, beweisend eine Erhebung der sozialistischen Arbeiterjugend, wonach von 3440 erfassten Jugendlichen 60,5 Proz. 28 Stunden, 14,4 Proz. 51 Stunden, 5,4 Proz. 60 Stunden, 46 Proz. 66 Stunden die Woche arbeiten müssen. (Hört, hört bei den Sozialdemokraten.) Im Mansfeldischen Bergbau gehen die jungen Arbeiter schon um 3 Uhr früh aus ihrer Wohnung fort, um rechtzeitig zur Arbeitsstätte zu kommen. Als man um Urlaub nachsuchte, erwiderten die Unternehmer, daß das nur geschehen könne, wenn den alten Arbeitern der Urlaub entsprechend gekürzt werde. (Hört, hört bei den Sozialdemokraten.) Die Löhne für die Jugendlichen seien außerordentlich gering. Das schon im Jahre 1923 verabschiedete Berufsausbildungsgesetz müsse endlich vorgelegt werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erwiderte der Rednerin, dem Reichstag werde in den nächsten Tagen ein Jugendbeschutzgesetz vorgelegt, während das Berufsausbildungsgesetz demnächst dem Kabinett vorgelegt werden würde.

Bei den Abstimmungen

wird der Haushalt nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Den Ausschüssen werden einige sozialdemokratische Anträge überwiesen, so daß die Finanzierung der sozialen Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene sowie der Wochenfürsorge vom Reich übernommen wird; ferner die Mittel zum Ausbau der bestehenden Einrichtungen zur Untersuchung und Verhütung der Unfallgefahren im Bergbau zu bewilligen und das in Vorbereitung befindliche Bergarbeiterbeschutzgesetz beschleunigt dem Reichstag vorzulegen; schließlich die Regierung zu ersuchen, von der Erhebung von Gebühren von Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, die beim Reichsverwaltungsgericht unterliegen, künftig abzusehen.

Einem Verlangen der Deutschnationalen, Kommunisten und Völkischen, eine Aussprache über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund auf die Tagesordnung zu setzen, wurde von demokratischer und sozialdemokratischer Seite widersprochen. Ein völkischer Antrag, den Reichswehrminister herbeizubeordern, wird abgelehnt. Darauf beginnt die Beratung des Reichswehretats.

Berichterstatter Gen. Stüden:

Der Reichswehretat hat eine wesentliche Steigerung der Ausgaben erfahren, obwohl weder bei Reichswehr noch Marine eine Vermehrung der Kapazität stattfand. Der Zuschuß, den das Reich für die Reichswehr erstatten muß, beträgt rund eine halbe Milliarde. Der Hauptauschluß hat an den einzelnen Positionen wesentliche Abstriche vorgenommen. Wenn man auch nicht ohne weiteres die Friedensziffern für den Kostenbedarf mit den heutigen Ausgaben vergleichen darf, so ergibt sich doch infolge der Monopolstellung der von der Entente zugelassenen Waffenfabriken ein wesentlicher Unterschied.

Es kosteten: im Frieden ein Gewehr 65 M., heute 200 M., eine Pistole 50 und 150 M., ein Maschinengewehr 1650 und 8800 M. (hört, hört!), eine leichte Feldhaubitze 20 000 und 50 000 M., eine schwere Feldhaubitze 40 000 und 100 000 M., eine 10-Zentimeter-Kanone 48 000 und 120 000 M., ein langer Mörser 90 000 und 225 000 M. (hört, hört!)

Wesentlich liegen die Verhältnisse bei den anderen Bedarfsartikeln der Reichswehr. Das liegt daran, daß wir jetzt genötigt sind, von Fabriken, die früher überhaupt keinen Heeresbedarf hergestellt haben, den Bedarf zu beziehen. Aber wir sind nicht gezwungen, diesen Fabriken alles abzunehmen, und wenn man den Bedarf ganz wesentlich einschränken würde, dann würden die Fabriken vielleicht dazu kommen, uns im Preis einigermassen entgegenzukommen. Wir haben einen eigenen Fabrikfonds, in dem die Summen enthalten sind, die wir ihnen bezahlen müssen, wenn sie Munition und Waffen liefern. Das liegt daran, daß wir die reicheigenen Fabriken zerstören und den Bedarf bei vorgeschriebenen Fabriken decken müßten. Dabei sind uns Firmen angegehen worden, die noch nicht einmal die notwendigen Einrichtungen hatten,

so daß das Reich den betreffenden Firmen die Summen für die Einrichtung zur Verfügung stellen mußte, an die dann das Eigentum an den Einrichtungen überging.

So wurden der Firma Simson u. Co. in Suhl, der wir die Gewehre zu Monopolpreisen abnehmen müssen, für 12 Millionen Mark Aufwandsentschädigung gegeben. Rheinmetall erfordert 1 600 000 M., Rheinmetall-Düsseldorf 7 450 000 M., die Fahrzeugwerke Eisenach 1 100 000 M., Bochumer Verein, Dortmund und Union 9 500 000 M. usw. Weiter war das Reich genötigt, Patente im Werte von 1 568 000 M. abzukaufen. Derartige Ausgaben verschlingen im ganzen über 52 Millionen Mark. (Hört, hört!)

Diese ungeheure Ausgabe, die furchtbar schwer zu tragen ist, hätte dem deutschen Volke erspart werden können, wenn uns in beschränktem Umfang die reicheigenen Fabriken belassen worden wären. (Sehr wahr! links.)

Was nun die Abstriche des Ausschusses anbelangt, so bin ich der Überzeugung, daß wir ruhig hätten weitergehen können und doch ausgekommen wären. Ein Blick in den Etat zeigt, daß wir in der Organisation der Reichswehr eine ganze Menge Abstriche haben, die vielleicht hätten verringert oder zusammengelegt werden können. Die Heeresverwaltung muß Rücksicht auf die Finanzen des Reiches nehmen. Hinsichtlich der Monopolpreise sehe ich ja leider keinen Weg, in nächster Zeit zu einem anderen, weniger kostspieligen System zu kommen. Wenn in einer Kritik gesagt worden ist, daß die Reichswehr im Vergleich zur Friedenszeit heute für technische Institute, Verwaltungskosten, Übungsgelder und dergleichen bedeutend mehr ausgibt, so beruht das auf einer falschen Perspektive. Für Übungen zum Beispiel wird heute genau der fünfte Teil dessen ausgegeben, was das alte Heer gebrauchte, obwohl alles ganz erheblich teurer geworden ist. Bei den Verwaltungskosten muß man berücksichtigen, daß heute eine ganze Anzahl von Arbeiten von Angestellten und Beamten erledigt werden, die früher Soldaten ausübten. Aber auch das ist eine der Folgen des Versalleser Vertrages.

Die politische Einstellung der Reichswehr

hat im Ausschuss eine große Rolle gespielt, vor allem die Frage der Schwarzen Reichswehr.

Festgestellt ist, daß diese Schwarze Reichswehr militärisch eingeteilt war. Festgestellt ist auch weiter, daß der vielgenannte Oberleutnant Schulz tatsächlich beim Wehrkommando III in Berlin gewesen hat, aber nicht als Offizier, sondern als Angestellter. Es ist bei der Aussprache gar kein Zweifel darüber gelassen worden, daß man derartiger gewagter Experimente nicht machen soll, da es im Interesse der Reichswehr liegt, wenn sie sich von allen Verbänden fernhält, gleichviel welchen Namen sie tragen mögen, ob sie den Namen „Schwarze Reichswehr“ tragen, ob sie „Heimatschutz“ heißen, ob sie „Grenzschutz“ oder sonstige phantastische Namen sich beigelegt haben. Es liegt im Interesse der Reichswehr, daß sie von all diesen Organisationen weit abruht, die letzten Endes der Entente nur wieder Anlaß bieten, mit Repressionsmaßnahmen gegen Deutschland vorzugehen.

Das gab Anlaß, dem Reichswehrminister eine Reihe von Fragen vorzulegen. Der Minister ist sehr eingehend auf diese Fragen eingegangen, hat vor allen Dingen auch eine ganze Menge Dinge zurückgewiesen, die gar nicht behauptet worden waren. (Heiterkeit.) Aber das ganze Bild war eben das, daß die Beantwortung der Fragen so ausgefallen ist, daß nach Auffassung des Ministers ein Vorwurf in gar keiner Weise erhoben werden kann.

Der Minister stellte fest, daß sowohl er wie der Chef der Heeresleitung der Schwarzen Reichswehr stets ablehnend gegenüber gestanden haben. Im Jahre 1923 habe man mit einem Angriff aus dem Osten gerechnet. Trotzdem habe er die Bildung

besonderer Truppen abgelehnt. Er lehnte uns weiter auseinander, die Formulierung „Schwarze Reichswehr“ stamme aus den Kreisen der Deutschvölkischen. Der Vertreter der Deutschvölkischen hat dem widersprochen, hat eine Erklärung im Ausschuss vorgelesen, worin das ganz entschieden in Abrede gestellt wurde.

Es wurde weiter erwähnt, im Jahre 1923 habe der General Ludendorff die Aufstellung einer Schwarzen Reichswehr angeregt, beim Chef der Heeresleitung aber eine glatte Ablehnung erfahren. In den Vorgängen in Rastatt, die auch im Ausschuss erwähnt worden sind, sei nicht die Schwarze Reichswehr beteiligt gewesen, sondern das waren die Reste des Oberösterreichischen Grenzschutzes gewesen.

Bedenfalls hat sich aus den Verhandlungen ergeben, daß sich ein ziemlich breites Durcheinander von Verbänden aller Art in Deutschland herausgebildet hat: Schwarze Reichswehr, Grenzschutz, Heimatschutz, Jungdo, Werwolf, alles mögliche. Aber es wurde erklärt, die Reichswehr stehe diesen Dingen fern, und wenn einmal gestattet worden sei, daß irgend eine Gruppe auf einem Schießstand üben konnte, dann sei das eine Eigenmächtigkeit ununtergeordneter Organe gewesen, aber der Minister habe damit nichts zu tun.

Im Ausschuss wurde dem Minister gelagt, daß er dafür sorgen müßte, daß Leute, die sich derartige Übergriffe erlauben, rücksichtslos aus der Reichswehr befreit werden. Vor allen Dingen wurde betont, daß die Einstellung von Zeitsfreiwilligen einzustellen sei. Der Minister hat uns versichert, daß er alles tun werde, um der Kritik künftig den Boden zu entziehen. Dann ist sehr lebhafter Kritik an den Parademärschen vor Generälen der alten Armee geübt worden. Ein großer Teil der Mitglieder des Ausschusses war der Auffassung, daß die Reichswehr beispielsweise Veranstaltungen nichts zu suchen hat, daß solche Dinge auch nicht mit der Tradition zusammenhängen, von der der Herr Minister sagte, daß er sie auf alle Fälle pflegen müsse.

Eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung tritt in diesem Etat erstmalig auf. Das Reichswehrministerium wird den Versuch machen, einen Teil des Bureaudienstes wieder durch Soldaten verrichten zu lassen. Der Reichswehrminister wird weiter eine möglichst vollständige Zusammenlegung der einzelnen Verwaltungszweige und Stellen in den Garnisonen versuchen.

Auf dem Gebiete des Beschaffungswesens haben sich Mißstände herausgestellt.

So ist schon im Hauptauschuss darauf hingewiesen worden, daß die Heeresverwaltung für einen Manuskriptschrank 140 Mark ausgibt, während die Marineverwaltung nur 90 M. dafür zahlt. Weiter hat Kollege Erping auf den Fall der Industrieerzeugnisse L.G. des Generals a. D. Feldmann, des bekannten früheren Staatssekretärs im Reichswehrministerium, hingewiesen, die sich zwischen Reichswehr und Lieferanten klemmte und für ihre Tätigkeit eine Provision von 2 Proz. beanspruchte, durch die natürlich letzten Endes die Reichswehr belastet wurde. (Hört, hört! links.) Darin liegt nach Auffassung des Ausschusses — darin waren wir alle von links bis rechts einig — eine sehr große Gefahr. Sowohl Heer wie auch Marine müssen in der Lage sein, direkt mit den Lieferanten zu verkehren. Sie brauchen dazu keine Mittelspersonen. Die Generale jedenfalls, die ihre Pensionen beziehen sollen sich nicht als Parasiten zwischen Reichswehr, Marine und die Lieferanten einschleichen. Reichswehrministerium und Marine sind gewarnt; wir hoffen, daß sie die Warnungen nicht in den Wind schlagen. (Beifall.)

Um 7 1/2 Uhr verlegt sich das Haus auf Mittwoch nachmittags 1 Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums.

Die Prüfung der Ruhrkredite.

Zweierlei Handhabung festgestellt.

Der Reichstagsuntersuchungsausschuss für die Ruhrkredite trat am Dienstag nach längerer Pause zu einer Sitzung zusammen. Der Vorsitzende, Abg. v. Lindner-Wildau (DnL) teilte mit, daß der eingeleitete Untersuchungszwischen des umfangreiche Material gesammelt und gesichtet habe. Das Ergebnis ist ein dicker Band, von dessen Kernstücklichkeit wegen der hohen Kosten zunächst abgesehen worden ist. Der Bericht des Untersuchungsausschusses schlägt vor, über die Frage der Berechnung der Kohlenpreise und der Angemessenheit der Entschädigung des Ruhrbergbaues Sachverständige zu ernennen. Von sich aus hat der Untersuchungsausschuss folgende Feststellungen gemacht: Bei der Handhabung der sogenannten Ricam-schuldlichen Verträge stellte er eine unterirdische Behandlung des Ruhrbergbaues und der übrigen Beteiligten fest. Während im allgemeinen eine Entschädigung von Jollen und Abgaben ausdrücklich abgelehnt wurde, ist sie dem Ruhrbergbau bewilligt worden. Der Ruhrbergbau habe ferner Zinsvergütungen in Höhe von 26,7 Millionen erhalten, während sonst Zinsvergütungen nicht gewährt würden. Bei der Erfassung der erprehten Reparationslieferungen sind im allgemeinen die Wiederbeschaffungspreise zugrunde gelegt worden, beim Ruhrbergbau aber die höheren Preise zurzeit der Beschlagnahme. Auch wird festgestellt, daß mit dem Inkrafttreten der Ricam-Verträge eine Senkung der Arbeitslöhne und eine Verlängerung der Arbeitszeit eingetreten ist. Abschließend heißt es deshalb: „Der Untersuchungsausschuss stellt fest, daß eine wesentliche ungünstigere Behandlung der Schäden im Sondervertrage gegenüber den Ricam-Beschädigten fest.“

Der Bericht des Untersuchungsausschusses stellt ferner fest, daß auf seine Anregung eine Nachprüfung der Entschädigungen im Sondervertrage eingeleitet ist und eine besondere Entschädigung an die Arbeitsnehmermarkt des Ruhrbergbaues geleistet wurde.

Der Ausschuss genehmigte diesen Bericht und beschloß, von je einem Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter des Ruhrbergbaues Gutachten einzufordern über die Höhe und die Begründung der an die Industrie gezahlten Entschädigungen.

Die nächste Sitzung des Ausschusses, in der die beiden Sachverständigen noch Eingang ihrer Gutachten vernommen werden sollen, wird frühestens im April stattfinden. Es wird sich auch mit der Frage zu beschäftigen haben, ob die Regierung berechtigt war, auf Grund eines einfachen Briefwechsels und unter Ausschaltung des Parlaments Entschädigungszahlungen vorzunehmen.



MOSLEM DIE BESTE CIGARETTE IN DIESER PREISLAGE!

Um das Getreidemonopol.

Getreidekauf mit Staatsmitteln?

Zwei Forderungen beschäftigen gegenwärtig den Ausschuss des Reichstags, beide in der gleichen Richtung, die Getreidepreise aus ihrem Tiefstand herauszuheben. In Konsummentenkreisen wird man, wenn von niedrigen Getreidepreisen heute gesprochen wird, verwundert fragen: Wie ist das möglich? Denn von niedrigen Brotpreisen, die doch eigentlich die Folge niedriger Getreidepreise sein müssten, spüren wir nichts. Und in der Tat, die niedrigen Roggenpreise können gegenwärtig im Brotpreis nicht voll zum Ausdruck kommen. Wir haben es mit der Erzielung zu tun, die wir so oft beobachteten, daß der Rückgang der Preise beim Endprodukt viel zögernder eintritt als ihr Aufstieg bei hohen Marktpreisen. Im Herbst 1924 erlangten die Getreidepreise einen so hohen Stand, besonders beim Roggen, daß die Preise weit über den Durchschnitt vor dem Kriege hinausgingen.

Hoffungslos ging die Landwirtschaft auf diese Marktsituation ein und erhöhte die Anbaufläche für Roggen nicht unerheblich, in der Annahme, dabei ein vorteilhaftes Geschäft zu machen. Nun trat der Umschlag ein. Zunächst hatte Deutschland eine sehr gute Ernte, die im Roggen weit über den Bedarf des Landes hinausging, und die rein rechnungsmäßig den Bedarf seiner Bevölkerung deckte, sogar einen kleinen Ueberschuß aufwies. So erfreulich dieser Zustand rein volkswirtschaftlich war, die Landwirtschaft war von diesem Segen weniger erbaut.

Die großen Getreideangebote aus der neuen Ernte drückten auf den Preis, der für Roggen zeitweise auf 135 M. die Tonne sank, während wir vor dem Kriege Preise von ungefähr 160 bis 165 M. verzeichneten. Das ganze Widerwärtige der kapitalistischen Produktionsweise trat stark hervor, indem ein ertragreiches Jahr, wie es von uns allen freudig begrüßt werden sollte, von der Landwirtschaft mit Klagen und Verdruß aufgenommen wurde. Die Preise waren unbefriedigend und — was wohl noch über empfunden wurde — Roggen fand überhaupt keine genügende Abnahme; auch für den Auslandsmarkt war bei einem reichlichen Angebot von anderer Seite keine nutzbringende Verwendung. Der Preisdruck wurde damit erhöht.

Hinzu kam aber die Einwirkung des Zolltarifs, der am 1. Oktober 1925 in Kraft trat. Aus spekulativen Gründen betrieb kurz vor dem Inkrafttreten des wieder eingeführten Zolls, wie es die agrarische Mehrheit im Reichstag durchgesetzt hatte, der Getreidehandel mit Hilfe ausländischer Kredite, eine starke Einfuhr von Brotgetreide, und zwar unmittelbar vor der Zeit als die deutsche Ernte auf den Markt kam. Die Folge mußte sein, daß auch diese Mengen auf den Markt drückten und zunächst die Hoffnungen der Agrarier, durch den Zoll zu höheren Preisen zu kommen, zerschlugen.

Die Regierung war nun bereit, hier der Landwirtschaft einen Dienst zu erweisen, indem sie die Reichsgetreidestelle, die nach einem Beschluß des Reichstags aufgelöst werden sollte, zu neuem Leben verhelfen wollte. Die Reichsgetreidestelle sollte, nach einer Vorlage der Regierung, die im Dezember vorigen Jahres von dem Minister v. Koenig eingebracht wurde, Roggen in größeren Mengen — in der Begründung der Vorlage hieß es bis zu 200 000 Tonnen — auf dem freien Markt aufkaufen. Man versprach sich davon eine Einwirkung auf die Preisgestaltung. Die Mittel für diese Transaktion sollte die Reichsgetreidestelle aus ihren nicht unerheblichen Ueberschüssen bereitstellen. Im Reichstagsauschuß ergab sich für diese Vorlage keine rechte Unterstützung. Von der Sozialdemokratischen Partei wurde der außerordentlich spekulative Charakter des Unternehmens betont und darauf hingewiesen, daß ein Geschäft auf dieser Grundlage mit einem großen Verlust abschließen kann, wobei es sogar fraglich erscheint, ob auf diese Weise ein Ergebnis erzielt werden wird, wie es die Interessenten der Landwirtschaft erwarten und fordern. Eine günstige Ernte für 1926 würde unzweifelhaft die Reichsgetreidestelle in die Lage versetzen, ihre Bestände noch weiter zu lagern oder zu niedrigen Preisen abzusetzen und damit auf dem Getreidemarkt oberhalb eines Preisdruck ausüben. Eine Wiederholung des obermaligen Aufkaufs durch die Reichsgetreidestelle könnte unter diesen Umständen wohl kaum in Erwägung gezogen werden. Mit Staatsmitteln eine solche Spekulation zu betreiben, lehnt die Sozialdemokratie ab. Bei den Interessenten der Landwirtschaft war auch keine rechte Begeisterung für die Regierungsvorlage zu verspüren. Man erklärte, daß die Abneigung gegen die Reichsgetreidestelle in der Landwirtschaft so stark sei, daß jede Stützungsaktion von dieser Seite mit einem nicht auszuwärtenden Mißtrauen begegnet werde. Hier hatte also die Hege gegen die Reichsgetreidestelle eine sachliche Einstellung unmöglich gemacht.

Der Ausschuss des Reichstags hörte nun in der Sitzung am 2. März zwei Sachverständige, Herrn Schurig und Prof. Warmbold, die zum Vortrag brachten, daß man den in der Regierungsvorlage ausgesprochenen Zweck durch eine private Gründung erzielen könne. Es sei bereits eine Gesellschaft gegründet, die 15 Millionen Mark aufgebracht habe, und zwar unter Beteiligung der Landwirtschaft, der Düngemittelindustrie, der landwirtschaftlichen Maschinenbau- und wahrscheinlich auch mit Hinzutritt des Handels. Zur Durchführung der gestellten Aufgabe, die, wie schon bemerkt, ganz im Sinne der Regierungsvorlage gehalten ist, verlange man 35 Millionen Mark aus den Mitteln der Reichsgetreidestelle. Diese Umstellung der Gründung von der Reichsgetreidestelle zu einer Gesellschaft, an der alle Interessentengruppen beteiligt sind, und von hier aus eventuell die Preisbestimmung in ihre Hände zu bekommen, ist noch weniger sympathisch als das Projekt der Regierung.

Nun tauchte in der Beratung die Frage eines Getreidemonopols für den Außenhandel auf. Die Anregung geht von Herrn v. Demig (Dnat.) aus; dieser Führer des Landbundes hat für das Projekt Richtlinien entworfen, die für den Aufbau des Monopols maßgebend sein sollen. Ansehend stehe hinter dem Vorschlag jedoch nicht die Deutsch-nationale Partei in ihrer Gesamtheit, sondern gewisse Kreise der Landwirtschaft. Mit dem Außenhandelsmonopol soll erreicht werden, daß von dieser Stelle der Markt beherrscht wird. Das kann geschehen durch Sperrung oder mäßiger Einfuhr, sowie bei einem Ueberschuß durch Aufkauf und Lagerung oder Verkauf nach dem Ausland. Sicher würde hier am ehesten

Die Kontrolle der Steuerleistung.

Ergebnisse des Buch- und Betriebsprüfungsdienstes.

Ein wichtiges Hilfsmittel bei der Veranlagung der direkten Steuern und der Bekämpfung der Steuerhinterziehung ist der Buch- und Betriebsprüfungsdienst mit allen seinen Hilfsorganen (Steueraufsehendienste usw.). Er ist im Jahre 1925 eingerichtet worden, da man erkannt hatte, daß die ordnungsgemäße Durchführung der neuen Reichssteuerergänze ohne eine sachkundige Nachprüfung der Selbstschätzungen nicht möglich ist. Infolge der Zerrüttung der Wirtschaftsverhältnisse durch die Inflation, aber auch aus Abneigung gegen eine zu weitgehende Einmischung in die Verhältnisse der einzelnen Steuerpflichtigen ist er in den letzten Jahren von der Reichsfinanzverwaltung vernachlässigt worden.

Die stark gesunkene Steuermoral hat inzwischen auch die ehemaligen Gegner des Buchprüfungsdienstes gezwungen, seine Bedeutung anzuerkennen und seine Ausgestaltung zu fördern. Bei dem Bestreben, die Steuerlasten gleichmäßig zu verteilen, kann auf die Nachkontrolle der Veranlagungen durch geeignete Buchprüfer nicht verzichtet werden. Daher beschloß der Reichstag im August 1925 die Ausdehnung des Buchprüfungsdienstes durch die obbligatorische Prüfung aller Großbetriebe innerhalb von drei Jahren. Diese Bestimmung dürfte bis jetzt aber noch kaum wirksam geworden sein, weil vor allem die unzureichende Zahl von Buchprüfern eine stärkere Ausdehnung der Tätigkeit verhindert hat.

Trotz alledem sind die Ergebnisse des Buchprüfungsdienstes recht günstig. Er brachte der Reichskasse im Jahre 1924 eine Einnahme an Steuern und Geldstrafen in Höhe von 94 Millionen Mark. Auch im ersten Halbjahr des Rechnungsjahres 1925 (April bis September 1925) ist eine Mehreinnahme von 46,4 Millionen an Steuern und von 4,3 Millionen an Geldstrafen, insgesamt also 50,7 Millionen erzielt worden. Die Zahl der Prüfungsfälle betrug 39 785.

Die Mehreinnahme verteilt sich auf folgende Steuern: Einkommensteuer 3,1 Millionen, Körperschaftsteuer 2,2, Voraus- und Abbuchzahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer 8,5, Rhein-Ruhr-Abgabe 4,8. Dazu Geldstrafen bei diesen Steuern 1,5 Millionen.

Auf diese verschiedenen Einkommensteuern entfällt also ein Mehr von über 20 Millionen.

Die Vermögenssteuer brachte ein Mehr von 7,6 Millionen, die Brotverorgungsabgabe von 0,4, dazu kamen Geldstrafen von 230 000 Mark.

Die Vermögenssteuer zusammen erbrachte also ein Mehr von fast 8,5 Millionen.

Bei der Umsatzsteuer wurden Mehreinnahmen von 16 Millionen erzielt, außerdem Geldstrafen in Höhe von 2,5 Millionen verhängt, so daß auch hier ein Mehrertrag von 18,5 Millionen erzielt wurde.

Die sonstigen Reichssteuern (Kaufsteuer, Grunderwerbsteuer usw.) brachten eine Mehreinnahme von 2,8 Millionen, die Geldstrafen betragen hier nur 5000 Mark. Auch bei den Landessteuern, Kirchensteuern usw. sind die Geldstrafen ganz unerheblich. Das hierbei erzielte

Mehr an Steuern beträgt 800 000 Mark. — Am wirksamsten scheint demnach der Buchprüfungsdienst bei der

Nachkontrolle der Umsatzsteuer

gewesen zu sein. Die Höhe der dabei verhängten Strafen läßt zugleich erkennen, daß es sich im wesentlichen um strafbare Tatbestände gehandelt hat. Das Gegenteil scheint bei der Kapitalverkehrssteuer und den Bundessteuern der Fall zu sein. Von besonderer Bedeutung ist auch die Tatsache, daß nicht unwesentliche Beträge von Steuern aus der Inflationseffekt herrühren. Das gilt sowohl von der Rhein-Ruhr-Abgabe wie von der Brotverorgungsabgabe. Hier ist also der Beweis geliefert, daß der dem Reichstag vorliegende Antrag der Deutsch-nationalen auf Erlass der aus dem Jahre 1923 rückständigen Steuern in der Hauptsache einen Schutz der Steuerdefraudanten herbeiführt.

Die Ergebnisse in den einzelnen Bezirken.

Untersucht man die Ergebnisse des Buchprüfungsdienstes nach einzelnen Bezirken, so gelangt man zu folgendem Ergebnis: In der Spitze marschiert das Bundesfinanzamt Berlin mit einem Ergebnis von 12,8 Millionen, ihm folgt im weiten Abstand Düsseldorf mit 4 Millionen, Hannover mit 3,3, Münster mit 3,2, Karlsruhe mit 3,1, Köln mit 3 Millionen und Dresden mit 2,2 Millionen. Besträge zwischen 1 und 2 Millionen haben aufgebracht: Brandenburg, Breslau, Leipzig, Magdeburg, München, Nürnberg, Stuttgart und Unter-Elbe. Alle übrigen Bezirke blieben zum Teil wesentlich unter einer Million. Die schlechtesten Bezirke sind auch hier diejenigen mit im wesentlichen agrarischer Bevölkerung. Das ist aber nicht etwa die Folge pünktlicher und gewissenhafter Steuerzahlung. Es geht vielmehr auf die Tatsache zurück, daß die amtliche Buchprüfung bisher vor der buchführenden Großlandwirtschaft stets Halt machte und so das hart an das Betrügerische grenzende Verhalten der Buchführungsjellen der Landbünde unterließ.

Es ist deshalb dringend erforderlich, daß der Buchprüfungsdienst erheblich ausgedehnt wird. Die Zahl der Buchprüfer muß vermehrt, ihre Anstellungsverhältnisse müssen durch Uebernahme als höhere Beamte verbessert werden, damit sich auch die geeignetsten Persönlichkeiten dafür zur Verfügung stellen. Vor allem aber muß die Schonung der landwirtschaftlichen Großunternehmer aufhören. Dazu ist gerade jetzt die geeignete Zeit und ausreichender Anlaß. Die Veranlagung der buchführenden Landwirtschaft zur Einkommensteuer ist beendet. Sie hat die völlige Steuerfreiheit zahlloser Großgrundbesitzer gebracht, bis mit Hilfe einer raffinierten Buchführung erreicht wurde. Bleibt es bei diesem Zustand, dann droht die Steuerfreiheit der gesamten Landwirtschaft. Man kann die kleinen Landwirte nicht besteuern, wenn die großen steuerfrei sind. Die hieraus drohenden Gefahren auch für die Steuermoral aller übrigen Kreise können nur gebannt werden, wenn rechtzeitig mittels des Buch- und Betriebsprüfungsdienstes eingeschritten wird.

Ferner betreibt die Gesellschaft in Gemeinschaft mit einigen Kreis- und Gemeindeverbänden ein halbes Dutzend Klein- und Straßenbahnen. Die Zahl des Personals ausschließlich der Kohlengruben beträgt 1100 Angestellte und 3500 Arbeiter.

Die Entwicklung in den ersten Monaten des laufenden Geschäftsjahres war befriedigend.

Kursbesserung und Wirtschaftslage.

Nach dem soeben erschienenen Monatsbericht der Commerz- und Privat-Bank standen Ende Februar auf und über Parität 18 Proz. aller Werte gegenüber 15 Proz. Ende Januar; 82 Proz. notierten dementsprechend unter pari gegenüber 85 Proz. am Schluß des Vormonats. Es zeigt sich also hierin eine leichte Verbesserung des gesamten Kursniveaus; vor allem hat sich die Kurssteigerung bei der Kategorie derjenigen Werte bemerkbar gemacht, die zwischen 100 und 150 Proz. der Goldparität notieren, und die gegenüber dem Vormonat eine Zunahme um 3,3 Proz. erfahren hat. Die leichte Verminderung der Zahl der Werte, die über 150 Prozent notieren, erklärt sich zum Teil daraus, daß einige Brauereistellen um die Dividenden gekürzt worden sind. An der Aufwärtsbewegung im Monat Februar nahmen in ganz besonderem Maße die Bankaktien teil.

Zur Ermittlung der Wirtschaftslage läßt dieselbe Bank die gegenwärtig vorhandenen günstigeren Momente der Wirtschaftslage — das Entgegenkommen der Reichsfinanzverwaltung, die Aufträge der Reichsbahn, die Exportbeschleunigung (vor allem nach Rußland), die erheblichen Mittel für die Bauwirtschaft, die Arbeitsaufnahme der Landwirtschaft, die Flüssigkeit des Geldmarktes, die event. Freigabe der deutschen Vermögens in Amerika, die sekundäre Haltung des kreditgebenden Auslandes, die Besserung des Kursniveaus und die Dividendenerwartungen verschiedener Gesellschaften — zusammen und kommt zu dem Schluß, daß in Anbetracht all dieser Tatsachen eine pessimistische Auffassung nicht am Platze sein dürfte. In diesem Jahr wird voraussichtlich trotz der zeitweiligen unangünstigen Konjunktur die Zahl der Dividenden verteilenden Gesellschaften weit größer sein als im Vorjahr.

Vom Arbeitsmarkt im Reich.

Nach den Berichten der Landesarbeitsämter für die vierte Februarwoche und Anfang März hat sich die Arbeitsmarktlage nicht wesentlich geändert. Wenn auch in einer Reihe von Bezirken die Zahl der Arbeitslosen weiter langsam zurückgegangen ist, so ist sie doch in anderen wieder angewachsen, besonders in Weiskalen, im Rheinland, in Berlin, in Baden und Nürnberg. Nachfrage nach Arbeitskräften seitens der Landwirtschaft hat östlich der Elbe etwas lebhafter eingesetzt, doch wird sie in anderen Bezirken ebenso wie die Nachfrage des Baugewerbes als zögernd und zurückhaltend, besonders im Vergleich zu früheren Jahren bezeichnet. Im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau und allgemein in der Metallindustrie haben wieder Entlassungen zahlreicher Arbeitskräfte, die den Arbeitsmarkt bei der gegebenen Lage stark belasten, stattgefunden. Auch in den anderen Industriegruppen, mit Ausnahme der chemischen Industrie, des Vertriebsgewerbes und Verkehrsgewerbes, ist — unter Schwankungen im einzelnen, die Lage unbefriedigend geblieben.

Aus dem Prospekt des RWE.

Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk A.G., das wegen seines Kampfes gegen Brauchens Elektrizitätswirtschaft in letzter Zeit viel genannt worden ist, legt anlässlich der Zulassung von 13,6 Mill. Mark neuen Aktien zum Börsenhandel einen Prospekt vor, in dem interessante Angaben über die gegenwärtige Situation des Unternehmens gemacht werden.

Die gesamte Maschinenleistung aus dem Goldenberg-Werk, dem Kraftwerk Reicholz, dem Kraftwerk Eilen, dem Kraftwerk Abbenbüren, dem Kraftwerk Niederrhein bei Wesel und den sonstigen verschiedenen kleineren Werken stellt sich auf 475 000 Kilowatt. Alle diese Kraftwerke sind untereinander durch Leitungen verbunden bis auf das Kraftwerk Abbenbüren, mit dem eine Verbindung erst geplant ist. Von dem 100 000-Volt-Netz sind zurzeit 1000 Kilometer in Betrieb und weitere 160 Kilometer in Bau. Für die Fernübertragung ist die Gesellschaft jetzt zu einer Spannung von 220 000 Volt übergegangen. Anßer einer derzeitigen Leitung nach Osten ist eine solche Hauptleitung nach Süden im Bau, durch die eine Verbindung mit den Mainkraftwerken A.G. hergestellt wird, wodurch wiederum der Zusammenstoß mit den süddeutschen Wasserkräften herbeigeführt wird, da die Mainkraftwerke ihrerseits eine Verbindung durch eine 100 000-Volt-Leitung mit dem Bayernwerk herstellen.

Die jährliche Stromabgabe des gesamten Werkes betrug 1921/22: 960 Millionen Kilowattstunden, 1922/23: 990 Millionen Kilowattstunden, 1923/24: 696 Millionen Kilowattstunden und 1924/25: 1,1 Milliarden Kilowattstunden.

Die Gesellschaft betreibt außer den Elektrizitätswerken eine Gasfernversorgung mit einer 240 Kilometer langen Hochdruckleitung; der Gasablaß 1924/25 betrug 61,5 Millionen Kubikmeter.

...aber was? **Rahma-buttergleich** MARGARINE

Fay's *echte Sodener* Pastillen gegen Husten, Heiserkeit, Verschleimung